

108. Meliorum

1894

I
3456

I 3456

❖ 1 Mark. ❖

100 Millionen

Entwurf

eines

Spiritus-Monopol-Gesetzes.

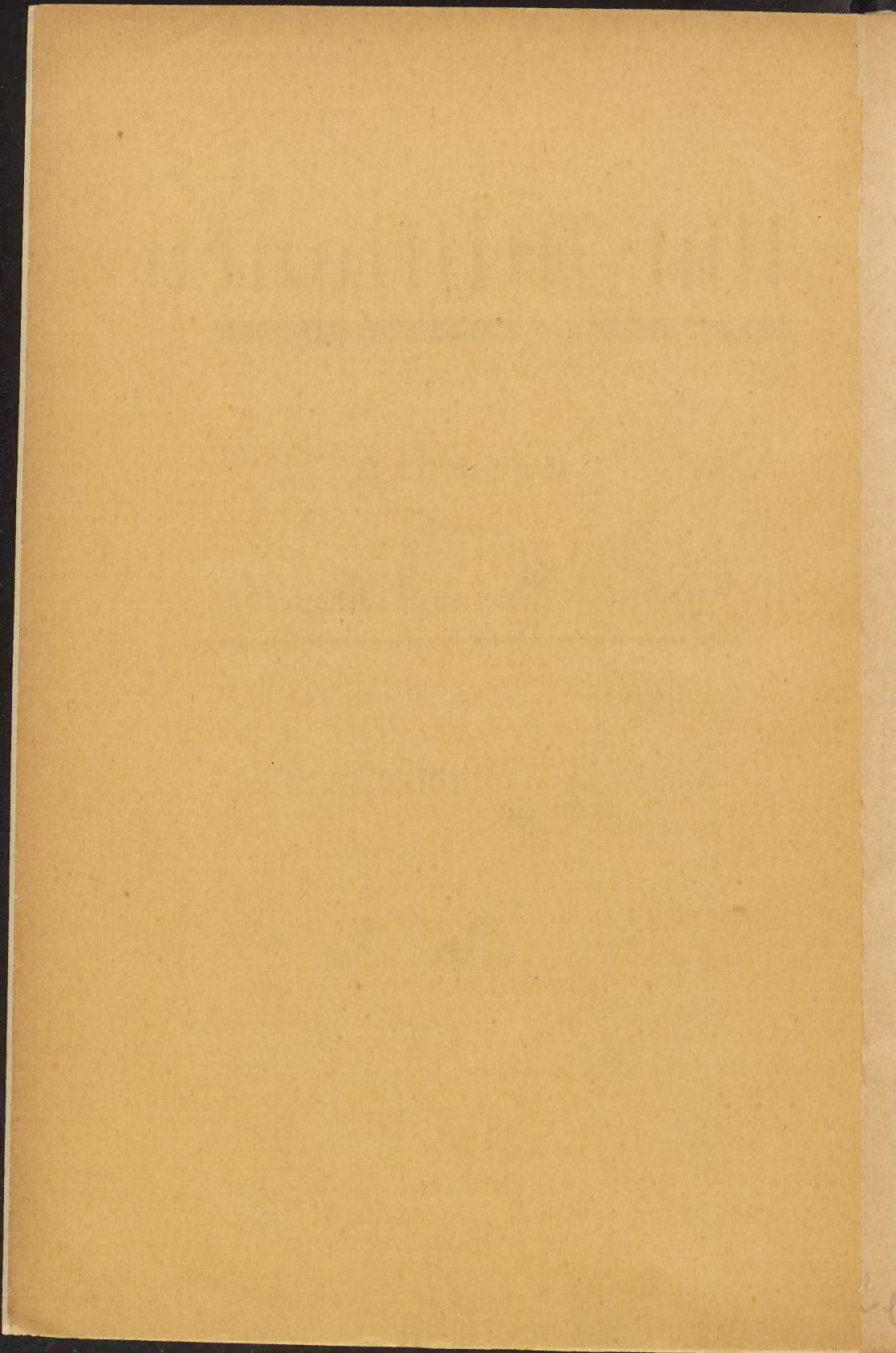
Von

J. Blumholz.



Dresden

Druck und Verlag der Druckerei Glöb
1894.



100 Millionen

Entwurf eines Spiritus-Monopol-Gesetzes

Von

F. Blumholz.



Dresden

Druck und Verlag der Druckerei Göß
1894.



Vorwort.

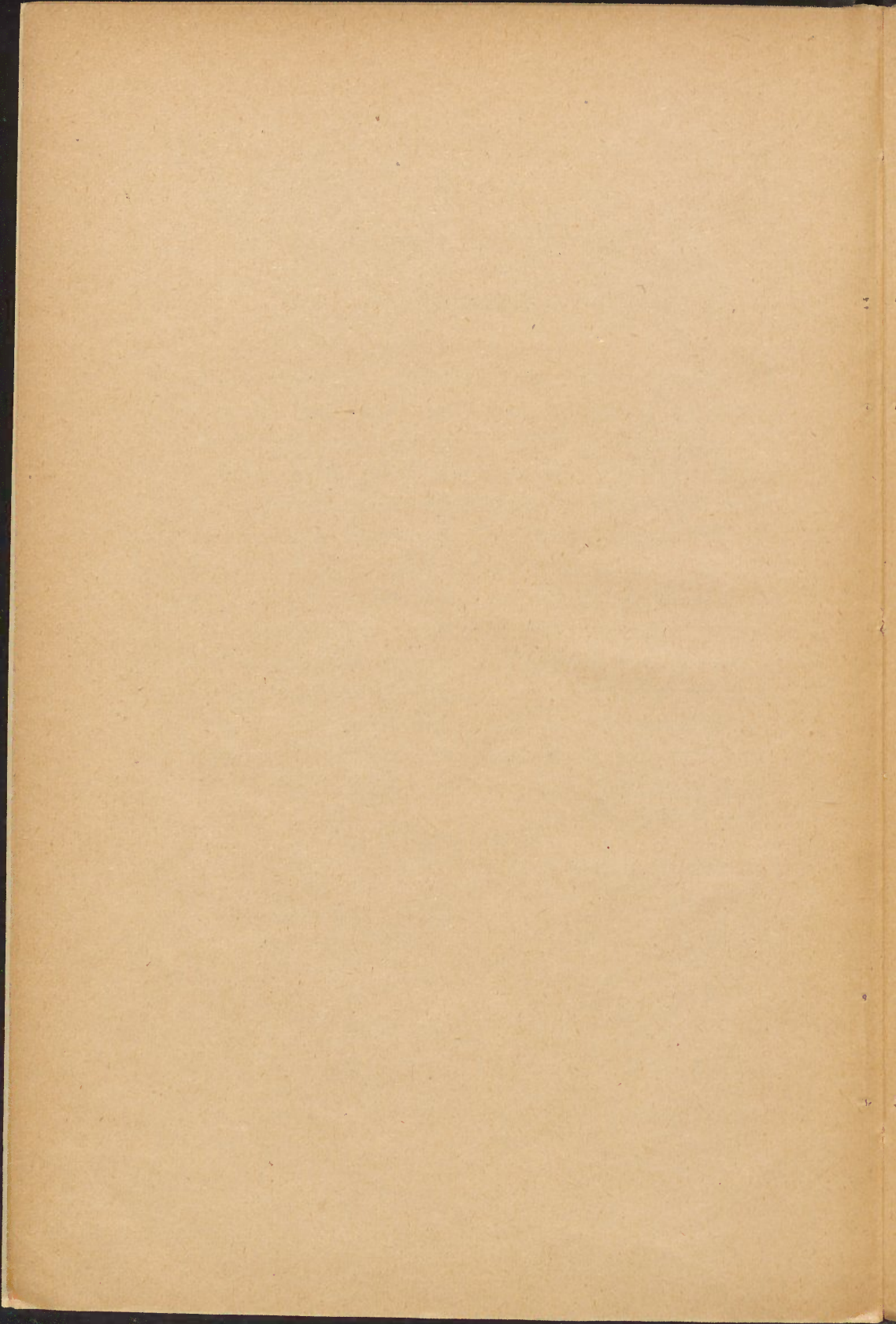
Von befreundeter Seite aufgefordert, die eigenen Ansichten über ein Reichs-Spiritus-Monopol zu äußern, kann ich nur ein Monopol empfehlen, welches sich auf den Einkauf, die Reinigung und den Verkauf des Spiritus erstreckt und der Privatindustrie die weitere Verarbeitung und den Vertrieb dieser Erzeugnisse überläßt.

Infolgedessen habe ich ein Gesetz entworfen und übergebe das Werkchen der Öffentlichkeit mit dem Wunsche, daß dasselbe, sine ira et studio geprüft, verbessert, und so allen Theilen genehm, dazu beitragen möge, dem Reiche die notwendigen Einnahmen zu beschaffen und der Landwirtschaft einen mäßigen, aber gesicherten Nutzen abzuwerfen, ohne der Allgemeinheit große Opfer aufzuerlegen.

Gleichzeitig sage ich dem hiesigen Haupt-Amts-Dirigenten, Herrn Steuer-Rat Rypke Burchardi, sowie den übrigen Herren des Haupt-Amtes für die mir zu teil gewordene gütige Beihilfe meinen herzlichsten Dank.

Stargard, im Juni 1894.

F. Blumholz,
Civil-Ingenieur.





In allen Kulturstaaten macht sich das dringende Bedürfnis nach vermehrten Einnahmen fühlbar, und so sehen wir die Finanzminister auf der Suche nach lohnenden Objekten, um der bedenklichen Leere im fiskalischen Ararium abzuhelpfen.

Selbst in unserm lieben Vaterlande beratschlagen die obersten Leiter über ein Auskunftsmitte!, dem Reiche neue Einnahmen zu beschaffen.

Neben Tabak, Wein, Bier ist auch Spiritus in Vorschlag gewesen, leider in einer Weise, daß, ungeachtet der vielen Millionen zu Abfindungen, Hunderttausende von Gewerbetreibenden bedeutend geschädigt worden wären und ohne daß der Staat in absehbarer Zeit größere Einnahmen gehabt hätte.

Für dieses gefallene Projekt wurde das gegenwärtig geltende Spiritus-Steuergezet eingeführt, welches dem Staate zwar größere, aber nicht genügende Einnahmen brachte, der Landwirtschaft aber — ungeachtet der den Brennereien gewährten, zu politischen Angriffen benutzten Liebesgabe — keinen Vorteil gewährte, weil durch den bedeutend zurückgegangenen Export der Spiritus nur zu geringen, keinen Nutzen bringenden Preisen zu verwerten ist.

Durch die vom gesamten Auslande eingeführten Prohibitivzölle ist auch keine Aussicht vorhanden, daß sich die Ausfuhr von Spiritus zu lohnenden Preisen je wieder heben wird.

Um nun dem Reiche eine ergiebige Einnahmequelle zu beschaffen und um der notleidenden Landwirtschaft einen mäßigen Nutzen, ohne allzugroße Opfer der Steuerzahler, zu gewähren, empfiehlt sich die Einführung des Spiritusmonopols, wie es nachstehend entworfen ist:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Das Reich übernimmt vom 1. Juli 1896 den im Gebiete des deutschen Reiches hergestellten Branntwein, und muß derselbe in die den Brennern vorgeschriebenen Niederlagen abgeliefert werden; er unterliegt deshalb der steuerlichen Kontrolle.

Die Gesamt-Jahresmenge des erzeugten Spiritus, welche zu 5,5 Liter reinen Alkohols auf den Kopf der bei der jedesmaligen letzten Volkszählung ermittelten Bevölkerung im Gebiete des deutschen Reiches festgesetzt ist, soll alle drei Jahre einer Revision unterliegen.

§ 2.

Das Reich zahlt pro 100 Liter à 100 % frei Niederlage gelieferten

a) aus Kartoffeln oder Getreide (exkl. Mais und Dari) hergestellten Spiritus

1. an Brennereien, die jährlich bis 1000 Liter reinen Alkohol produzieren 36 Mk.

2. an landwirtschaftliche Brennereien (d. h. Brennereien, in denen ausschließlich Getreide und Kartoffeln verarbeitet werden und bei deren Betrieb die sämtlichen Rückstände von dem Brennereibesitzer in eigener Wirtschaft verwendet werden), die jährlich über 1000 bis 50 000 Liter produzieren 35 Mk.

3. an landwirtschaftliche Brennereien, die über 50 000 Liter, und an gewerbliche, die über 1000 Liter produzieren 34 Mk.

b) aus Mais, Dari oder aus Kartoffeln und Mais oder aus Getreide und Mais hergestellten Spiritus

ad 1 33 Mk., ad 2 32 Mk., ad 3 31 Mk.

c) aus Melasse, Rüben, Zuckerast hergestellten Spiritus

ad 1 31 Mk., ad 2 30 Mk., ad 3 29 Mk.

Den Brennereien kann gestattet werden, außer dem oben festgesetzten Quantum weitere Mengen Spiritus abzuliefern und erhalten dieselben dann je 22,50 Mk. weniger.

Der zu diesen Preisen abzuliefernde Spiritus muß mindestens eine Stärke von 80 % haben, für je 0,2 % unter dieser Stärke werden pro 100 Liter 0,05 Mk. weniger berechnet.

§ 3.

Von der Ablieferung an das Reich befreit und bei der Feststellung der nach dem Vorstehenden maßgebenden Jahresmenge außer Ansatß bleiben:

1. diejenigen gewerblichen Brennereien, welche nur für den Export produzieren. Dieselben sind völlig steuerfrei, unterliegen aber der steuerlichen Kontrolle;
2. diejenigen Brennereien, welche Branntwein aus frischen oder getrockneten, nichtmehlhaltigen Früchten, sowie aus Wurzeln (exkl. Rüben, Melasse, Zuckerfakt), aus Beeren und deren Abfällen, ferner aus Bier, Hefe und Wein zc. im Wege vor-hergehender Einmischung oder auch direkter Destillation herstellen.

Diese zahlen für je 100 Liter zu verarbeitende

Kirschen, Zwetschen, Pflaumen	6,—	Mk.
Wein und flüssige Weinhefe	6,—	"
Enzian- und sonstige Wurzeln (exkl. Rüben)	3,—	"
gepreßte Weinhefe	3,—	"
Brauereiabfälle und Hefenbrühe	2,40	"
umgeschlagenes Bier	3,60	"
eingestampfte Weintrauben	2,40	"
Kernobst	2,75	"
Trebern von Kernobst	1,75	"
Beeren	3,—	"

Falls andere als die vorbezeichneten Stoffe zur Verarbeitung gelangen, so hat die Direktivbehörde auf Grund der durchschnittlichen Alkoholausbeute die Steuer entsprechend festzusetzen.

§ 4.

Die am 1. April 1896 bereits kontingentierten Brennereien erhalten ein entsprechend erhöhtes Kontingent.

Die nach dem 1. April vergrößerten oder neuerrichteten landwirtschaftlichen Brennereien, sowie die am 1. April nicht kontingentierten sind nach dem Umfange ihrer Betriebsanlagen und eventuell unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Verhältnisse nach Anhörung zweier Sachverständigen der Brennerei-Berufsgenossenschaft zu veranlagen.

Gewerbliche Brennereien dürfen nach dem 1. April 1896 nur angelegt werden, wenn sie ausschließlich für den Export arbeiten.

Nach Ablauf von je drei Jahren wird für die einzelnen bisher beteiligten und für die entstandenen landwirtschaftlichen Brennereien die Jahresmenge Branntweins, welche sie zu dem Kontingentpreise abliefern dürfen, neu bemessen. Die Neueinschätzung erfolgt nach Maßgabe der in den letzten drei Jahren durchschnittlich zum Kontingentpreise abgelieferten Jahresmenge.

§ 5.

Das Reich giebt den Spiritus in Quantitäten von ca. 100 Litern à 100 % aufwärts gegen Einsendung des Betrages an das zuständige Hauptamt und der Fastsage an die Niederlage an jedermann ab:

zu Genußzwecken (hierzu darf nur gereinigter Spiritus, welcher höchstens $\frac{1}{2}$ ‰ Verunreinigungen — Amylalkohol oder Aldehyden — enthält, abgegeben werden) zum Preise von 150 Mk. für 100 Liter 100 ‰ Alkohol.

zu gewerblichen oder medizinischen Zwecken unter Kontrolle oder denaturiert zum Preise von 50 Mk. für 100 Liter à 100 ‰ exkl. Denaturierungsmittel, welches die Niederlage zum Selbstkostenpreise berechnet.

Als allgemeines Denaturierungsmittel dient ein Gemisch von 2 Teilen Holzgeist und 1 Teil Pyridinbasen, von welchem Gemenge dem zu denaturierenden Branntwein auf 100 Liter absoluten Alkohol 3 Liter zugefügt werden und welches pro Liter mit 3 Mk. berechnet wird.

Gewerbetreibenden kann auch zum eigenen Bedarf auf Verlangen mit anderen — vom Bundesrat genehmigten — Denaturierungsmitteln gemischter Branntwein (§ 65) verabsolgt werden.

§ 6.

Das Reich beauftragt eine zu errichtende Aktiengesellschaft von 200 000 000 Mk. Grundkapital mit Errichtung der Niederlagen und Reinigung des zu Genußzwecken abzugebenden Spiritus.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, sämtliche im deutschen Reich seit den letzten drei Jahren in Thätigkeit befindlichen Reinigungsapparate — soweit die Besitzer dieselben veräußern wollen — zu angemessenen Preisen anzukaufen, die in diesen Anstalten mindestens seit drei Jahren beschäftigten Personen, soweit thunlich und sofern sie hierzu geneigt sind, in den Niederlagen zu beschäftigen, die Niederlagen vorschriftsmäßig anzulegen, mit dem Erforderlichen auszustatten, zu betreiben und die zum Zweck der Abfertigung des eingelieferten und verkauften Spiritus erforderlichen Hilfskräfte zu stellen.

Die Gesellschaft erhält hierfür für jedes Liter in die Niederlage eingelieferten Spiritus 10 Pf.

Die Niederlagen sind zu errichten:

1. Königsberg . . .	mit 5 000 000 Liter Lagerraum und 2 Reinigungsanstalten.
2. Allenstein . . .	5 000 000 " " " 2 "
3. Danzig . . .	10 000 000 " " " 3 "
4. Marienwerder . .	5 000 000 " " " 2 "
5. Königs . . .	5 000 000 " " " 2 "
6. Stolp . . .	2 000 000 " " " 1 "
7. Belgard . . .	2 000 000 " " " 1 "
8. Stargard . . .	10 000 000 " " " 3 "
9. Stettin . . .	10 000 000 " " " 3 "
10. Greifswald . . .	5 000 000 " " " 2 "
11. Berlin . . .	20 000 000 " " " 4 "
12. Frankfurt a. O. .	5 000 000 " " " 2 "
13. Neu-Ruppin . .	2 000 000 " " " 1 "

14. Landsberg . . .	mit 5 000 000 Liter Lagerraum und 2 Reinigungsanstalten.				
15. Gottbus . . .	5 000 000	"	"	" 2	"
16. Posen . . .	15 000 000	"	"	" 3	"
17. Bromberg . . .	15 000 000	"	"	" 3	"
18. Breslau . . .	20 000 000	"	"	" 2	"
19. Oppeln . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
20. Giegnitz . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
21. Ologau . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
22. Gleswitz . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
23. Magdeburg . . .	15 000 000	"	"	" 2	"
24. Halle . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
25. Nordhausen . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
26. Stendal . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
27. Kiel . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
28. Neumünster . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
29. Flensburg . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
30. Hannover . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
31. Danabück . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
32. Papenburg . . .	1 000 000	"	"	" 1	"
33. Rotenburg . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
34. Göttingen . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
35. Münster . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
36. Dortmund . . .	2 000 000	"	"	" —	"
37. Paderborn . . .	2 000 000	"	"	" —	"
38. Altena . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
39. Kassel . . .	1 000 000	"	"	" 1	"
40. Gießen . . .	1 000 000	"	"	" —	"
41. Düsselndorf . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
42. Köln . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
43. Coblenz . . .	2 000 000	"	"	" —	"
44. Trier . . .	1 000 000	"	"	" —	"
45. Nechingen . . .	1 000 000	"	"	" —	"
46. München . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
47. Augsburg . . .	1 000 000	"	"	" —	"
48. Regensburg . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
49. Nürnberg . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
50. Bamberg . . .	1 000 000	"	"	" —	"
51. Kaiserlautern . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
52. Dresden . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
53. Chemnitz . . .	2 000 000	"	"	" 1	"
54. Leipzig . . .	5 000 000	"	"	" 1	"
55. Stuttgart . . .	1 000 000	"	"	" 1	"
56. Hall . . .	1 000 000	"	"	" —	"
57. Reutlingen . . .	1 000 000	"	"	" —	"
58. Biberach . . .	1 000 000	"	"	" —	"
59. Karlsruhe . . .	1 000 000	"	"	" 1	"
60. Freiburg . . .	1 000 000	"	"	" —	"
61. Darmstadt . . .	1 000 000	"	"	" —	"
62. Frankfurt a. M. . .	1 000 000	"	"	" 1	"
63. Schwerin . . .	1 000 000	"	"	" 1	"
64. Wismar . . .	1 000 000	"	"	" —	"
65. Guströw . . .	1 000 000	"	"	" —	"
66. Neu Strelitz . . .	1 000 000	"	"	" 1	"
67. Altenburg . . .	1 000 000	"	"	" —	"
68. Weimar . . .	1 000 000	"	"	" —	"
69. Gotha . . .	1 000 000	"	"	" 1	"

70. Meiningen . . .	mit	1 000 000	Liter Lagerraum und	—	Reinigungsanstalt.
71. Rudolstadt . . .	"	1 000 000	"	"	"
72. Schleiz . . .	"	1 000 000	"	"	"
73. Oldenburg . . .	"	1 000 000	"	"	1
74. Braunschweig . . .	"	3 000 000	"	"	1
75. Dessau . . .	"	5 000 000	"	"	1
76. Bernburg . . .	"	1 000 000	"	"	1
77. Lützen . . .	"	1 000 000	"	"	1
78. Bremen . . .	"	1 000 000	"	"	—
79. Hamburg . . .	"	3 000 000	"	"	1
80. Straßburg . . .	"	2 000 000	"	"	1
81. Colmar . . .	"	1 000 000	"	"	—
82. Mühlhausen . . .	"	1 000 000	"	"	—
83. Metz . . .	"	2 000 000	"	"	—

II. Vorschriften über die Kontrollierung des Spiritus.

§ 7.

Wer eine Brennerei einrichten oder einen Destillierapparat anschaffen will, ist gehalten, solches vorher der betreffenden Hebestelle anzuzeigen und derselben mindestens acht Tage vor Anfang des Betriebes eine Nachweisung nach einem besonders vorzuschreibenden Muster in zwei Exemplaren einzureichen, worin die Räume zur Aufstellung der Geräte und zum Betriebe der Brennerei, die Brenn- und Maischgefäße, als Blasen, Helme, Maischwärmer, Kühlapparate, Maischbottiche, Vormaischbottiche, Kartoffeldämpfer und andere Dampfgefäße, Kühl-, Hefen- und Schlempegefäße, Maischlutter und andere Reservoirs, so auch die zum Transport des Spiritus zu den Niederlagen dienenden Fässer u., ingleichen der in Litern ausgedrückte gesamt Rauminhalt jedes einzelnen dieser Geräte genau und vollständig angegeben sein müssen. Dieser Nachweisung muß ein einfacher Grundriß desjenigen Raumes, in welchem sich die Brennereigeräte befinden und ihrer Stellung nebst den Rohrleitungen in demselben, sowie die mit der Brennerei in Verbindung stehenden oder angrenzenden Räume nach einem von der Steuerbehörde vorzuschreibenden Muster beigelegt und die darin bezeichnete Stellung der Geräte während jeder Betriebszeit so lange unverändert beibehalten werden, als Abänderungen nicht durch Einreichung eines anderweitigen Grundrisses angezeigt worden sind.

§ 8.

In den Brennereien sind nach näherer Anordnung der Steuerbehörde mit dem Destillierapparat in fester Verbindung stehende Sammelgefäße aufzustellen, in welche der gesamte gewonnene Branntwein geleitet wird, sowie alle sonstigen Einrichtungen zu treffen, welche die Steuerbehörde zur Sicherung gegen heimliche Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein für erforderlich erachtet.

Die Sammelgefäße müssen die 12- bis 14 tägige Branntweinausbeute fassen.

Der Destillierapparat, die Sammelgefäße und die dieselben verbindenden Röhrenleitungen sind in der Regel dergestalt unter amtlichen Verschuß zu nehmen, daß eine heimliche Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein aus denselben nur mittels einer äußere Spuren hinterlassenden Gewalt erfolgen kann. Die Räume, in welchen die Sammelgefäße Aufstellung finden, müssen den Anforderungen der Steuerbehörde entsprechen und sind erforderlichenfalls von derselben unter Mitverschuß zu setzen.

In Fällen, in welchen die Einrichtung geeigneter Räume zur Aufstellung von Sammelgefäßen nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten möglich ist, kann die Steuerbehörde an Stelle der Sammelgefäße die Benutzung eines zuverlässigen, in fester Verbindung mit dem Destillierapparat und unter sicherndem amtlichen Verschuß stehenden Meßapparates gestatten, welcher die Menge und Stärke des aus dem Destillierapparat fließenden Branntweins fortlaufend anzeigt oder die spätere amtliche Ermittlung der Stärke durch Zurückbehaltung von Proben ermöglicht.

In diesem Falle sind die Gefäße, in denen der erzeugte Branntwein bis zur amtlichen Abnahme aufbewahrt werden soll, gleichfalls anzumelden und zu inventarisieren.

§ 9.

Der Steuerbehörde bleibt vorbehalten, in besonderen Fällen die Aufstellung eines Meßapparates neben Beibehaltung der Sammelgefäße anzuordnen. Sie ist befugt, die Mindestmenge des zu ziehenden reinen Alkohols im voraus bindend festzusetzen oder die Brennerei unter dauernde Kontrolle zu stellen, wenn wegen einer in derselben vorgekommenen Defraudation auf Strafe erkannt ist.

§ 10.

Die Besitzer von Brennereien sind verpflichtet, wenn Gerät angeschafft wird oder wenn das bereits angemeldete ganz oder teilweise abgeändert worden oder wenn ein angemeldetes Gefäß in einem anderen Raum untergebracht ist, binnen drei Tagen nach der

Empfangnahme, resp. Translocierung der Geräte der Steuerbehörde davon Anzeige zu machen und dasselbe nicht ohne die von letzterer zu erteilende amtliche Bescheinigung in Gebrauch zu nehmen, auch keine Brennereigeräte, nämlich Blasen, Helme und Mühler, weder ganz, noch teilweise, aus ihren Händen zu geben, bevor sie es der Steuerbehörde ihres Bezirks angezeigt und von dieser eine Bescheinigung darüber erhalten haben.

§ 11.

Der Brennereibesitzer ist verpflichtet, die zur Abnahme und zum Transport zur Niederlage erforderlichen, mit seiner Firma und fortlaufender Nummer versehenen Fässer stets gebrauchsfähig vorrätig zu halten, nach näherer Anweisung der Steuerbehörde ein geeignetes, vor Witterungseinflüssen geschütztes Abfertigungslokal zu stellen, dasselbe mit einer geachteten Wage von genügender Tragfähigkeit nebst den erforderlichen geachteten, unter steuerlichem Verschluss zu haltenden Gewichten, einem geachteten, mit Thermometer verbundenen Alkoholometer nach Gewichtsprozenten, Probierglas, Stechheber, Visierstab und Schreibgerät auszustatten und die erforderlichen Hilfsdienste leisten zu lassen, auch auf Verlangen einen geschützten Raum zur Unterbringung des Fuhrwerks der Abnahmebeamten anzuweisen.

§ 12.

Die in der Brennerei vorhandenen, die hinzukommenden und die abgeänderten Brennereigeräte und Gefäße werden nach der Bestimmung der Steuerbehörde numeriert, auch von derselben nachgemessen und, soweit es thunlich ist, mit einem Stempel versehen. Den ermittelten Rauminhalt und die Nummer muß der Brennereibesitzer nach Angabe der Steuerbehörde an den Gefäßen deutlich bezeichnen und diese Bezeichnung gehörig erhalten lassen.

Bis zur amtlichen Vermessung der Maischgefäße dient die über den Rauminhalt abzugebende Anmeldung zur vorläufigen Festsetzung der geringsten abzuliefernden Spiritusmengen.

§ 13.

Die vorhandenen Maisch- und Destilliergeräte werden von der Steuerbehörde für die Zeit, während welcher ein Betrieb nicht angemeldet und gestattet worden, auf angemessene Weise außer Gebrauch gesetzt.

§ 14.

Wer eine Brennerei in Betrieb setzen will, ist verpflichtet, vor Beginn desselben einen vorschriftsmäßigen Betriebsplan in duplo nach § 28 der Steuerhebestelle einzureichen, das zurückerhaltene Exemplar in der Brennerei vorschriftsmäßig aufzubewahren und demselben bei dem Betriebe genau nachzukommen.

§ 15.

Wer Branntwein aus den in § 3, Nr. 2 aufgeführten Stoffen bereiten will, hat zuvor der Steuerbehörde nach Vorschrift des § 45 ein Verzeichnis seiner sämtlichen Materialvorräte, welches zugleich den Ort ihrer Aufbewahrung angeben muß, einzureichen und jeden ferneren Zugang zur Nachtragung in das Verzeichnis sofort anzumelden. Der zur Verarbeitung bestimmte Teil des Materials wird auf Grund des Betriebsplans, welcher den Aufbewahrungsort während der Betriebszeit angeben muß, in dem Verzeichnisse abgeschrieben.

Während des Zeitraums, auf welchen der Betriebsplan lautet, und solange die Brennerei nicht unter Siegel gelegt worden ist, darf in der Brennerei kein anderer als der in dem Betriebsplan angegebene Vorrat von den in § 3, Nr. 2 bezeichneten Stoffen vorhanden sein.

§ 16.

Solange den Anforderungen der Steuerbehörde in Bezug auf die in den §§ 8 und 9 bezeichneten Einrichtungen nicht Genüge geleistet wird, kann die Steuerbehörde den Betrieb untersagen.

§ 17.

Die vorstehend zur Kontrollierung der Spiritusbereitung erteilten Vorschriften und die zu deren Bervollständigung getroffenen reglementären Bestimmungen ist nicht nur derjenige, welcher die Brennerei betreibt oder für seine Rechnung betreiben läßt, sondern auch ein jeder, welcher in der Brennerei beschäftigt ist, zu beobachten verpflichtet.

§ 18.

Der erzeugte Branntwein ist in der Brennerei von der Steuerbehörde nach Menge und Stärke festzustellen und verbleibt unter steuerlicher Kontrolle, bis er in den Niederlagen abgeliefert oder exportiert ist.

Bleibt in den Fällen, in welchen ein Meßapparat benutzt wird oder die Mindestmenge des zu ziehenden reinen Alkohols amtlich festgesetzt worden ist, die festgestellte Menge des Alkohols hinter dem auf Grund der Anzeige des Meßapparates oder der amtlichen vorherigen Festsetzung ermittelten Sollbestand nach Abzug des unter gewöhnlichen Verhältnissen durch Verdunstung entstehenden Verlustes (ca. 1 bis 2 %) zurück, ohne daß der Brennereibesitzer der Steuerbehörde einen genügenden Grund hierfür glaubhaft machen kann, so hat er für jedes fehlende Liter reinen Alkohols 1,50 Mk. zu erlegen.

§ 19.

Der Brennereibesitzer erhält nach Abnahme des Spiritus in der Niederlage sofort den ihm nach § 2 zustehenden Preis aus-

gezahlt, eventuell auf seine Kosten per Post übersandt und hat un-
gehend Empfangsbescheinigung der betreffenden Steuerstelle einzu-
senden, widrigenfalls dieselbe auf seine Kosten eingeholt wird.

§ 20.

Die Materialsteuer ist spätestens am letzten Tage des Monats,
in welchem ein Brennereibetrieb stattgefunden hat, zu entrichten.
Wer diesen Zahlungstermin einmal versäumt, muß die Steuern bei
jeder ferneren Anmeldung voraus bezahlen.

§ 21.

Jeder Besitzwechsel einer Brennerei ist der Steuerbehörde binnen
einer Woche seitens des neuen und in den Fällen freiwilliger Be-
sitzübertragung auch seitens des bisherigen Besitzers schriftlich an-
zuzeigen.

III. Betriebsvorschriften.

A. Im Allgemeinen.

§ 22.

Ein Exemplar des nach § 7 der Steuerhebestelle in duplo
einzureichenden Verzeichnisses und Grundrisses der Brennerei und
Nebenträume und Geräte u. wird dem Brennereibesitzer bescheinigt
zurückgegeben und muß an einem von der Steuerbehörde bestimmten
Orte nach Anordnung derselben unbeschädigt so aufbewahrt werden,
daß jeder, der in die Brennerei eintritt, sofort solches einsehen kann.

§ 23.

Bei Vermessung der Blasen und der Maischbottiche ist in ihrer
wagerechten Lage derjenige innere Raum, welchen sie vom Boden
zum äußeren Rande bis zum Überlaufen haben, durch die Steuer-
beamten ohne allen Abzug auszumitteln.

§ 24.

Die Steuerhebestelle ist verpflichtet, über die Anmeldung, die
Vermessung und ihr Ergebnis und die Art der Bezeichnung eine
Bescheinigung zu erteilen.

Nur durch diese Bescheinigung, welche nebst den Vermessungs-
verhandlungen in der Brennerei nach § 22 aufbewahrt werden
muß, kann der Nachweis geführt werden, daß die Geräte vor-
schriftsmäßig angemeldet worden sind.

§ 25.

Die zu den Brennereien gehörigen Geräte müssen in den Betriebsräumen zusammen aufbewahrt werden. Dahin nicht gehörige Gefäße dürfen in denselben nicht vorhanden sein.

Destilliergerät und Maischgefäße stehen so lange, als sie nicht zum Gewerbebetriebe angemeldet werden, dergestalt unter besonderer Aufsicht der Steuerbehörde, daß ihre anderweitige Benutzung nur auf vorgängige Anmeldung und unter den von der Steuerbehörde anzuordnenden Sicherheitsmaßregeln erfolgen darf.

Destilliergeräte, welche ausschließlich zu anderem Gebrauch als zum Branntweinbrennen gehalten werden oder welche nicht im Gebrauch sind, stehen dennoch unter Aufsicht der Steuerbehörde.

Bei Personen, welche mit dergleichen Gerätschaften nur handeln oder solche zum Verkauf verfertigen, sind solche dieser Aufsicht nicht unterworfen.

§ 26.

Um für die Zeit, wo die Maisch- und Destilliergefäße nicht im Betrieb sein dürfen, ihre unbefugte Benutzung für letzteren zu verhindern, können die Geräte durch einen Steuerbeamten unter Verschuß gesetzt werden, in welchem Falle der Brennereibesitzer die Materialien zur Versiegelung oder zum Verschuß in guter, brauchbarer Beschaffenheit zu liefern hat.

Findet in Maischbrennereien zwischen mehreren Gümischungen ein Zwischenraum in der Art statt, daß in Maischgefäßen an denselben Tagen, wo sie leer geworden, nicht wieder eingemaischt wird, so kann die Steuerbehörde verlangen, daß jene Maischgefäße während der Zeit des Nichtgebrauches schiefgestellt werden.

§ 27.

Wenn der Brennereibetrieb unterbrochen oder ein amtlicher Verschuß oder einer derjenigen Teile der Brennereigeräte, einschließlich der Sammelgefäße und des Meßapparates, aus welchen eine heimliche Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein möglich ist, verletzt wird, so ist dies mit Beachtung der dieserhalb zu erlassenden näheren Anordnungen nach erfolgter Wahrnehmung innerhalb 24 Stunden der Steuerbehörde anzuzeigen.

Falls infolge einer solchen Verletzung ein Zugang zu dem Alkohol geschaffen oder ein Ausströmen desselben herbeigeführt wird, oder die regelmäßige Thätigkeit des Meßapparates beeinflusst, so kann die Steuerbehörde die Einstellung des Betriebes anordnen und ein etwaiges Manko an abzulieferndem Spiritus festsetzen. Das Gleiche gilt bei jeder anderen in der regelmäßigen Thätigkeit des Meßapparates eintretenden Störung.

Die Steuerbehörde ordnet die zur Sicherheit des fiskalischen Interesses erforderlichen Maßnahmen binnen 24 Stunden nach erfolgter Anzeige an und nimmt nach Befinden eine Untersuchung vor.

Sollte eine andere unvermeidliche Unterbrechung des Betriebes entstehen oder die Maische eines deklarierten unangebrochenen Bottichs gänzlich unbrauchbar geworden sein, so ist dies mit Beachtung der diesbezüglich zu erlassenden Anordnungen sogleich in den Betriebsplan einzutragen und der Steuerbehörde binnen 24 Stunden anzuzeigen, welche die Richtigkeit der Angaben an Ort und Stelle untersuchen läßt und das abzusehende Manko an abzulieferndem Spiritus festsetzt.

*

B. Vorschriften für die Benutzung der Brennereien und Geräte.

a. Maischbrennereien mit einer Jahresproduktion von über 1000 Litern reinen Alkohols und andere, die einen kontinuierlichen Kolonnenapparat benutzen.

§ 28.

Der im § 14 angeordnete Betriebsplan muß nach dem von der Steuerbehörde vorgeschriebenen Muster für einen vollen Kalendermonat oder, wenn der Betrieb erst im Laufe eines Monats beginnen soll, für den noch übrigen Teil des Kalendermonats mindestens drei Tage vor der ersten Einmischung der Hebestelle deutlich geschrieben und ohne Korrektur in zwei Exemplaren eingereicht werden.

Mangelhaft gefertigte Betriebspläne giebt die Hebestelle sofort zurück, und es wird in solchen Fällen die Einreichung als nicht geschehen betrachtet.

Findet sich bei der von der Hebestelle vorzunehmenden Prüfung des Betriebsplanes nichts zu erinnern, so werden beide Exemplare von derselben genehmigt und vollzogen; das eine bleibt bei der Hebestelle, das andere wird dem Brennereibesitzer zurückgegeben, welcher gehalten ist, noch vor Anfang der ersten Einmischung dasselbe während der ganzen Dauer des Betriebes, wie in § 22 angegeben ist, sauber aufzubewahren.

Wenn die Betriebszeit abgelaufen ist, muß dieses Exemplar von dem Brennereibesitzer binnen drei Tagen an die Hebestelle zurückgeliefert und kann alsdann gegen das zurückgebliebene Exemplar ausgetauscht werden.

§ 29.

Abänderungen des angemeldeten Betriebes sind mit der Maßgabe zulässig, daß die Abweichung und der Grund derselben vorher im Betriebsplan bemerkt und binnen 24 Stunden der Steuerhebestelle angezeigt werden muß.

§ 30.

Die Einmischungen dürfen in der Regel nur von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr abends geschehen, jedoch können die Hauptämter auf Antrag auch einen früheren Beginn gestatten. Diese Begünstigung muß dem Betriebsplan beigelegt werden.

§ 31.

Dem Brennereibesitzer bleibt zwar freigestellt, wie oft und wann er während des Monats, für den er den Betrieb angemeldet hat, die angemeldeten Maischbottiche benutzen will, die Benutzung derselben muß jedoch in einer regelmäßigen Reihenfolge dergestalt geschehen, daß in dem zuerst geleerten Maischbottich auch mit der Einmischung zuerst wieder begonnen wird.

§ 32.

Dem Brennereibesitzer ist gestattet, die Maische entweder am dritten oder vierten Tage nach der Einmischung, den Tag derselben mitgerechnet, abzubrennen und darnach den Betriebsplan einzurichten. Die an einem Tage bereitete Maische muß auch an einem Brenntage (5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends) vollständig abgelutert werden. Wird in außergewöhnlichen Fällen eine Ausnahme nötig, so ist darauf bei der Steuerbehörde anzutragen, welche nach Prüfung der für den Antrag geltend gemachten Gründe die Genehmigung, welche dem Betriebsplan anzuhängen, nicht versagen wird. In besonderen Fällen kann von der Steuerbehörde die Brennfrist dem wirklichen Bedürfnis entsprechend eingeschränkt werden.

§ 33.

Wenn unter amtlichen Verschuß gesetzte Maisch- und Destilliergeräte in Betrieb kommen sollen, so bestimmt die Hebestelle, wann sich ein Beamter zur Abnahme des Verschlusses in der Brennerei einfinden soll.

Der Brenner ist nicht gehalten, auf den Beamten länger als eine Stunde über die bestimmte Zeit zu warten, und kann nach deren Ablauf, wenn ein bekannter und glaubwürdiger Mann gegenwärtig ist und dieser den Verschuß als unverfehrt anerkannt hat, denselben abnehmen.

b. Maischbrennereien mit einer Jahresproduktion bis zu 1000 Litern reinen Alkohols und ohne kontinuierlichen Kolonnenapparat.

§ 34.

Diejenigen mehligke Stoffe verarbeitenden Brennereien, welche in einem Betriebsjahre (vom 1. Juli des einen bis zum 30. Juni

Baumholz, 100 Millionen.

2

des nächsten Jahres) nicht mehr als 1000 Liter reinen Spiritus erzeugen und keinen kontinuierlichen Kolonnenapparat benutzen, sind — soweit die Direktivbehörden nicht die in §§ 8 und 9 gegebenen Vorschriften für geboten erachten — unabhängig von den Anträgen der Besitzer von den Hauptämtern nach Anhörung der Brennereibesitzer zu fixieren, d. h. die Mindestmenge des abzuliefernden reinen Spiritus ist auf Grund des deklarierten Maischraumes und des für jede Brennerei zu ermittelnden Ausbeuteverhältnisses im voraus bindend festzustellen.

§ 35.

Der Brennereibesitzer hat monatlich mindestens drei Tage vor Beginn des Betriebes einen Betriebsplan in duplo nach vorgeschriebenem Muster der Steuerhebestelle einzureichen und in demselben zu deklarieren, wieviel und welche Art Stoffe für jeden Maischbottich verwendet werden sollen und welche Mengen reinen Alkohols er aus den angemeldeten Materialien zu ziehen gedenkt. Während der Zeit, für welche der Betriebsplan gilt, ist stets dieselbe Art und die gleiche Menge Stoffe für einen bestimmten Bottich zu verwenden; es ist ferner anzugeben, ob und wie oft und von welchen Bottichen etwa Preßhefe gewonnen werden soll.

§ 36.

Für jede Brennerei wird die Durchschnittsausbeute — nötigenfalls durch Überwachung von Probebränden — ermittelt, und zwar, wenn der Betrieb teils mit, teils ohne Preßhefenbereitung stattfindet, für jede dieser Betriebsarten. Das Ergebnis der Ermittlungen wird der Hebestelle mitgeteilt, welche hierüber fortlaufende Aufschreibungen zu führen hat.

§ 37.

Auf Grund der Deklaration des Brennereibesitzers — oder, falls die ermittelte Durchschnittsausbeute einen höheren Alkohol-ertrag ergibt, auf Grund dieser — stellt das Hauptamt den mindestens zur Ablieferung zu gelangenden Spiritus fest.

§ 38.

Auf Anordnen des Hauptamtes hat der Brennereibesitzer über die Mengen des gewonnenen Spiritus und eventuell auch der gewonnenen Preßhefe genaue Aufschreibungen zu führen und solche den Oberbeamten der Steuerverwaltung jederzeit zur Einsicht vorzulegen.

§ 39.

Die Gefäße, in denen der erzeugte Brautwein bis zur amtlichen Feststellung aufbewahrt werden soll, sind der Steuerbehörde anzumelden; dieselben sind amtlich zu vermessen und zu inventarisieren.

§ 40.

Auf die Abnahme des Spiritus finden die Bestimmungen der §§ 18 und 19 entsprechende Anwendung.

§ 41.

Diese Brennereien erhalten für den abzuliefernden Kontingentspiritusk die höchsten Preise (§ 2). Sollte in einem Betriebsjahre (§ 34) die Produktion 1000 Liter reinen Spiritus überschreiten, so wird für den mehr abgelieferten Spiritus der dann zukommende Preis berechnet.

Die Direktivbehörde kann bestimmen, daß diese Brennerei auf eine Reihe von Jahren oder auf die Dauer aus dieser Klasse ausscheidet.

c. Vorschriften für den gleichzeitigen Betrieb der Brauerei und Brennerei.

§ 42.

Da, wo die Braumalzsteuer besteht, darf bei dem gleichzeitigen Betriebe der Brauerei und Brennerei für die letztere, falls nicht die von der Brauerei zu entrichtende Steuer fixiert ist, reines Malzschrot nicht verwendet, das zur Brennerei bestimmte Malz muß vielmehr vor dem Schroten auf der Mühle wenigstens zum vierten Teile mit ungemaltem Roggen vermischt werden. Wird an Orten, wo die Braumalzsteuer besteht, neben der Brauerei Branntwein aus Kartoffeln gebrannt, so ist zu letzterem Behufe der Gebrauch von reinem Malz zwar gestattet, dasselbe muß jedoch besonders angemeldet und aufbewahrt werden und steht unter der Aufsicht und Kontrolle der Steuerbehörde.

d. Brennereien zur Bereitung von Branntwein aus nichtmehligen Stoffen
eogl. Rüben, Melasse und Zuckerfaß (§ 3, Nr. 2).

§ 43.

Bezüglich der Anmeldung des Betriebes kommen die Bestimmungen des § 28 auch bei der Bereitung von Branntwein aus nichtmehligen in § 3, Nr. 2 aufgeführten Stoffen in Anwendung.

Der Betriebsplan darf für die Periode, auf welche er lautet, in der Regel nur auf Stoffe von einem und demselben Steuerfaze gerichtet sein; wer für die ganze angemeldete Betriebszeit 6 Mf. pro 100 Liter zu verarbeitende Materialien entrichtet, ist in der Wahl der nichtmehligen Stoffe und deren Abwechslung keiner Beschränkung unterworfen.

§ 44.

Die Brennzeit von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends kann, wenn die Anzahl der angemeldeten Blasenfüllungen, welche nicht unter zwei an einem Tage sein darf, der Produktionsfähigkeit der Blase innerhalb dieser Brennzeit nicht entspricht, durch die Steuerbehörde auf das wirkliche Bedürfnis vermindert und im Betriebsplan angegeben werden.

§ 45.

Die in § 15 vorgeschriebenen Materialvorrats-Verzeichnisse müssen in doppelter Ausfertigung nach vorgeschriebenem Muster der Steuerhebestelle eingereicht werden und die Art und Mengen des in jedem Gefäße befindlichen Materials, sowie den Aufbewahrungs-ort enthalten.

Auf dieses Verzeichnis findet dasjenige Anwendung, was in § 28 wegen der Betriebspläne vorgeschrieben ist.

§ 46.

Bei Revision der Vorräte an Materialien werden alle dergleichen Vorräte enthaltenden Gefäße für voll angenommen, bei eingestampften Weintrestern, Kernobst und Trestern von demselben jedoch 10 % für die obere, unbrauchbare Schicht von dem Inhalt des Gefäßes in Abzug gebracht.

§ 47.

Der Revision wird das nach § 45 abzugebende Verzeichnis zu Grunde gelegt und unter demselben der Befund von dem revidierenden Beamten bescheinigt. Ergiebt sich hierbei nach dem im vorigen Paragraphen gedachten Abzuge gegen den angezeigten Gesamtvorrat ein Mehrbetrag und beläuft sich dieser nicht auf ein Zehntel, so tritt, wie bei einem Minderbefund, nur eine Berichtigung des Verzeichnisses ein; wegen eines größeren Mehrbetrages muß jederzeit das Strafverfahren eingeleitet werden. Das eine Exemplar des mit der Revisionsbescheinigung versehenen Verzeichnisses wird bei der Steuerhebestelle zurückbehalten, das andere aber dem Brennereibesitzer zurückgegeben, der solches aufbewahrt und bei Aufstellung der Betriebspläne benutzt.

§ 48.

Werden neue Vorräte angeschafft, so müssen solche der Hebestelle angemeldet und unter gehöriger Revision in dem Verzeichnisse (§ 45) in Zugang gebracht werden.

Ebenso muß jede Verwendung des in diesem Verzeichnisse enthaltenen Materials zu anderen Zwecken, als unter gehöriger An-

meldung zum Branntweimbrennen, der Hebestelle angezeigt und nachgewiesen werden, es müßte denn auf ferneren Brennereibetrieb in dieser Campagne verzichtet werden, in welchem Falle die Materialkontrolle von der Verzichtung ab bis zur neuen Betriebsanmeldung aufhört.

§ 49.

Der zum Brennen angemeldete und von dem Vorratsverzeichnis zu diesem Zwecke abgeschriebene Teil der Materialien wird auf Grund des Betriebsplanes besonders revidiert und unter demselben der Befund von der Hebestelle bescheinigt. Bei Abweichungen des Befundes von dem angemeldeten Betrage findet die dieserhalb in dem § 47 gegebene Vorschrift Anwendung.

Die Steuerzeichen an den Gefäßen müssen, bis deren Inhalt ganz abgebrannt ist, unverletzt erhalten werden.

§ 50.

Material, welches bei der Revision verdorben und untauglich zur Verarbeitung auf Branntwein befunden werden möchte, ist von dem Revisionsbeamten, wenn es mehr als die nach § 47 zu vergütende Schicht beträgt, entweder mit Zustimmung des Brennereibesizers aus dem Aufbewahrungsgefäß sogleich auszusondern und von dem Vorratsverzeichnis oder dem Betriebsplane abzusetzen oder aber, wenn der Brennereibesitzer dies nicht will oder nicht zugegen ist, das ganze Gefäß, worin sich dieses verdorbene Material befindet, aus dem Vorratsmaterial-Verzeichnis auszuscheiden.

Außerdem kann auf angebliches Verdorbensein von Materialien keine Rücksicht genommen werden.

§ 51.

Für Brennereibetrieb, der ununterbrochen fortgehen soll, kann auch innerhalb jeden Kalendermonats Fixation der Steuer eintreten. Diese wird dann berechnet nach Maßgabe der zu verwendenden Materialgattung und derjenigen Mengen dieses Materials, welche während der zu erklärenden Betriebszeit ohne Unterbrechung mit den zum Gebrauch bestimmten Destilliergeräten nach ihrer Betriebsfähigkeit (§ 44) in Branntwein umgewandelt werden kann.

Die Steuerkontrolle beschränkt sich alsdann allein darauf, die Geräte nur während der Betriebszeit außer Verschuß zu lassen und dahin zu sehen, daß keine höher besteuerte Materialgattung zur Verwendung kommt.

Die vorgeschriebene Materialkontrolle ruht für so fixierte Brennereien, und sie sind nicht gehalten, besondere Betriebspläne abzugeben oder ihre Materialbestände nachzuweisen.

Eine solche Steuerfixation hängt von dem freien Übereinkommen der Verwaltung mit dem Steuerpflichtigen ab, und es sind zu dem

Ende die Bedingungen in der Fixationsbewilligung bestimmt auszudrücken.

Die Steuerbehörde kann zu jeder Zeit die Fixationsbewilligung zurücknehmen, wenn die Geräte verändert und die festgesetzten Bedingungen nicht erfüllt werden.

§ 52.

Die Gefäße, in denen der aus nichtmehligen Stoffen (§ 3, Nr. 2) erzeugte Spiritus bis zur amtlichen Feststellung aufbewahrt werden soll, sind der Steuerbehörde anzumelden. Dieselben sind amtlich zu vermessen und zu inventarisieren. Nach Abnahme des Spiritus kann derselbe sofort in den Verkehr gebracht werden.

Auf Ersuchen der Steuerbehörde hat der Brennereibesitzer über die Mengen des gewonnenen Spiritus und den Verbleib genaue Aufschreibungen zu machen und solche auf Verlangen vorzulegen.

§ 53.

Brennereien, welche außer den nichtmehligen Stoffen (§ 3, Nr. 2) auch Getreide, Kartoffeln, Rüben u. auf Branntwein verarbeiten, sind nach §§ 28 bis 42 zu behandeln.

IV. Rechte und Pflichten der Steuerbeamten bei Ausübung des Dienstes.

§ 54.

Das Gebäude, in welchem eine Brennerei betrieben wird, wozu auch die Räume, in welchen die Gefäße zum Einmaischen, Kochen und Dämpfen des Materials aufgestellt sind, sowie die Gefäße, in welchen nichtmehlige Stoffe, und die Räume, in denen außer Gebrauch gesetzte Teile des Destilliergerätes aufbewahrt werden, auch die angrenzenden Räume gehören, kann, sobald die Brennerei zum Betriebe angemeldet ist, zu jeder Zeit, sonst von morgens 4 bis abends 10 Uhr von den Steuerbeamten behufs der Revision besucht und muß ihnen zu diesem Behufe sogleich geöffnet werden.

Solange in der Brennerei gearbeitet wird, muß der Zugang derselben stets unverschlossen sein.

§ 55.

Bei der Revision im Betriebe befindlicher Brennereien, welche in der Regel monatlich von dem Aufseher mindestens zehnmal, von

dem Oberkontrollleur mindestens viermal nach Anordnung der vorgesetzten Behörde zu erfolgen hat, müssen die Beamten darauf sehen, daß alle erlassenen Vorschriften genau befolgt werden.

Namentlich ist darauf zu sehen, daß die Brennereigeräte unverändert, so wie sie angegeben und bezeichnet werden, auch keine unangemeldeten Geräte vorhanden sind, außer Gebrauch gesetzte Geräte sich noch in diesem Zustande befinden, die steuerlichen Verschlässe an den Flanschen und Hähnen der stets blank zu haltenden Rohrleitungen, welche alkoholhaltige Dämpfe zc. vom Brenngerät bis zum Sammelfaß fortleiten, sowie die Rohre und Gefäße selbst unverletzt sind, die aufgestellten Meßapparate richtig funktionieren, der abgegebene Betriebsplan zc. vorschriftsmäßig aufbewahrt und in allen Teilen pünktlich befolgt werde, auch, insofern aus nichtnehlgigen Stoffen gebrannt wird, keine unangemeldeten Gefäße mit dergleichen Stoffen vorhanden sind.

Den Revisionsbefund haben die Beamten vorschriftsmäßig einzutragen, vorgefundene Unregelmäßigkeiten aber abstellen zu lassen und zur Anzeige zu bringen.

Außer Betrieb angemeldete Brennereien sind in der Regel mindestens von dem Aufseher monatlich und von dem Oberkontrollleur vierteljährlich einmal zu revidieren.

§ 56.

Die Abnahme des Spiritus in der Brennerei muß durch zwei Beamte, deren einer in der Regel ein Oberbeamter ist, in Gegenwart des Brennereibesizers oder eines Beauftragten desselben mindestens alle acht Tage geschehen, und sind hierzu nach Anhörung des Besizers im voraus bestimmte Termine festzusetzen.

Wird von dem Brennereibesizer eine Abnahme an anderen Tagen verlangt, so kann diesem Antrage stattgegeben werden, sofern ein Bedürfnis hierfür nachgewiesen wird und die erforderlichen Beamtenkräfte zur Verfügung stehen. Der Brennereibesizer ist jedoch zur Entrichtung der gesetzlichen Tagegelder und Reisekosten für die zu entsendenden Beamten verpflichtet.

Zur Feststellung der Menge und Stärke des Branntweins ist derselbe auf von dem Brennereibesizer zu liefernde, mit seiner Firma und fortlaufender Nummer versehene Fässer abzulassen.

Diese Fässer werden im leeren Zustande auf der von dem Brennereibesizer zu liefernden geachteten Wage von gehöriger Tragfähigkeit gewogen, darauf aus dem Reservoir zc. gefüllt und spundvoll gemacht, dann wird aus jedem Fasse bis 100 Liter Inhalt 1 Liter, bis 200 Liter Inhalt 2 Liter und so fort mittelst Heber entfernt und kann zum Auffüllen der anderen Fässer benutzt werden oder bleibt bis zur nächsten Abnahme unter Steuerverschluß. Sollte am Ende der Campagne ein Faß nicht ganz gefüllt werden, so muß

der Inhalt mittelst Visierstabes festgestellt werden. Hierauf wird das Faß mit dem Inhalte verwogen.

Aus der Differenz dieser Gewichte ergibt sich das Nettogewicht des Branntweins, wobei Bruchteile unter 0,5 Kilogramm unberücksichtigt bleiben, von 0,5 Kilogramm und mehr als 0,5 Kilogramm berechnet werden.

Nachdem so das Nettogewicht des Spiritus festgestellt worden ist, wird die Stärke desselben mittelst Thermo-Alkoholometers nach Gewichtsprozenten und Temperaturgraden nach Celsius ermittelt.

Zu diesem Zwecke wird aus der Mitte des Fasses eine Probe entnommen und mit dieser ein gut durchsichtiges Standglas von durchgehends gleicher Weite und entsprechender Höhe mit abgeschliffenem Rande, dessen Durchmesser etwa zweimal so groß ist als der größte Durchmesser des Alkoholometers, so weit gefüllt, daß nach dem Eintauchen des Instrumentes der Flüssigkeitspiegel noch mehrere Centimeter unterhalb des Gefäßrandes steht. Nach kräftigem Durchrühren der Probe wird das Standglas fest aufgestellt und thunlichst abgewartet, bis die Temperatur der Probe mit derjenigen der umgebenden Luft sich annähernd ausgeglichen hat. Das Alkoholometer wird dann langsam in die Flüssigkeit eingesenkt, sodaß jedes Schwanken der Spindel und damit eine Biegung oberhalb der Linie der Einstellung vermieden wird.

Die Ablebung des Alkoholometers erfolgt an derjenigen Linie, in welcher der Flüssigkeitspiegel die Spindel schneidet. Die Angabe des der Ablebungslinie zunächstliegenden Skalastriches gilt als scheinbare Stärke des Alkohols; liegt die Ablebungslinie in der Mitte zwischen zwei Skalastrichen, so wird die Angabe des oberen Striches angenommen.

Unmittelbar darauf folgt die Ablebung des Thermometers. Die Angabe des zunächstliegenden Skalastriches gilt als Wärmegrad der Flüssigkeit. Steht das Quecksilber auf der Mitte zwischen zwei Strichen, so wird auch hier die Angabe des oberen Striches genommen.

Ist die scheinbare Stärke und die Temperatur des Alkohols gefunden, so wird nach der Conradischen Tabelle, Tafel I, die wahre Alkoholstärke bestimmt.

Aus dem ermittelten Nettogewicht und der festgestellten wahren Stärke des Spiritus wird die Litermenge reinen Alkohols nach der Conradischen Tabelle, Tafel II, bestimmt, wobei Bruchteile unter 0,5 unberücksichtigt bleiben, 0,5 und mehr als voll gerechnet werden.

Das Ergebnis der amtlichen Feststellung ist sofort nach Beendigung derselben in ein in der Brennerei nach § 22 aufzubewahrendes, von dem ersten Abnahmebeamten zu führendes „Kontobuch für Branntweinablieferung“ nach Vorschrift einzutragen, welches zugleich zur Kontrolle dafür zu dienen hat, daß die Jahresmenge

an reinem Spiritus, welchen die Brennerei zum Kontingentpreise abliefern darf, nicht überschritten wird. Kann bei der Feststellung ein Teil des erzeugten Alkohols ausnahmsweise nicht mit zur Abfertigung gelangen, so ist der verbleibende Rest im Kontobuche nach seiner Menge zu vermerken.

Eine nach Vorschrift gefertigte Kopie der jedesmaligen Eintragung ist der zuständigen Hebestelle zuzustellen.

Bei an die Niederlagen abzuführendem Branntwein ist eine zweite Abschrift mit Angabe des Erzeugungsmaterials laut Betriebsplan und des bei vollen Fässern wieder herausgehobenen Quantums sofort dem zuständigen Hauptamte einzusenden; eine gleiche Abschrift erhält der Brennereibesitzer, welche er bei Ablieferung des Spiritus an die Niederlage senden muß.

§ 57.

Ist der Branntwein ablieferungspflichtig, so werden die Fässer vorschriftsmäßig gespundet und müssen nach Anlegung des steueramtlichen Verschlusses möglichst sofort an die Niederlagen abgeführt werden.

Ist der Branntwein nur zu Exportzwecken (§ 3, Nr. 1) erzeugt, so muß der abgenommene Spiritus so lange unter steuerlicher Kontrolle stehen und der Besitzer die Aufnahme desselben in eine für unverzollte Waren bestimmte oder mit Bewilligung der Steuerbehörde ausschließlich für diesen Zweck eingerichtete öffentliche oder unter amtlichem Mitverschluß stehende Privatniederlage bewirken, bis derselbe exportiert wird.

Ist der Branntwein aus den unter § 3, Nr. 2 angeführten nichtmehlgigen Materialien erzeugt und werden diese Materialien versteuert, so kann derselbe sofort in den Verkehr gebracht werden.

§ 58.

In Brennereien, in denen ein Meßapparat aufgestellt ist, ist das Ergebnis der amtlichen Feststellung jedesmal auch in das über die Anzeigen des Meßapparates zu führende Zählwerksregister einzutragen und mit dem letzteren zu vergleichen, bei Probeniehmen hat dies zu geschehen, nachdem der Probekasten im Meßapparat entleert und der Alkoholgehalt des Inhalts ermittelt worden ist. Bleibt hierbei, sowie in dem Falle, in welchem die Mindestmenge des zu ziehenden reinen Alkohols amtlich festgesetzt worden ist, die vorgeführte Menge Alkohol hinter dem auf Grund der Anzeige des Meßapparates oder der amtlichen Festsetzung ermittelten Sollbestande um einen größeren Betrag zurück, als für den unter gewöhnlichen Verhältnissen durch Verdunstung entstehenden Abgang an Alkohol (1 bis 2%) in Abzug zu bringen ist, so ist der Sachverhalt protokollarisch festzustellen, auch der Brennereibesitzer

über die Gründe hierüber zu hören und die entstandene Verhandlung dem Hauptamte einzureichen, welches das weitere zu veranlassen hat.

§ 59.

Ist Verdacht vorhanden, daß Unterschleife, um dem Reiche schuldige Gefälle oder abzuliefernde Branntweinnengen zu verkürzen, begangen oder zu gewerblichen Zwecken verabsfolgter Spiritus zu anderen als den angegebenen Zwecken verwendet worden ist, und deshalb eine förmliche Haussuchung erforderlich, sei es bei Personen, welche Brennerei betreiben, Gewerbetreibenden oder anderen Personen, so darf sie nur unter Beobachtung der für Haussuchungen im allgemeinen vorgeschriebenen Formen und an solchen Orten stattfinden, die zur Begehung des Unterschleifes oder Verheimlichung von Beständen steuerpflichtiger Gegenstände geeignet sind.

§ 60.

Diejenigen, bei welchen revidiert wird, und deren Gewerbsgehilfen sind verbunden, den revidierenden Beamten diejenigen Hilfsdienste zu leisten oder leisten zu lassen, welche erforderlich sind, um die ihnen obliegenden Geschäfte, es mögen solche in Revision des Betriebes, Nachmessung der Geräte, Anlegung des Verschlusses oder Feststellung des Thatbestandes bei vorgefundenen Unrichtigkeiten bestehen, in den vorgeschriebenen Grenzen zu vollziehen.

§ 61.

Die Dienststunden, in welchen die Erhebungsbeamten an den Wochentagen zur Abfertigung der Steuerpflichtigen zc. bereit sein müssen, werden von der Verwaltung festgesetzt, welche diese bekannt macht.

Wenn es nötig ist, muß auch außer dieser Zeit die Abfertigung der Steuerpflichtigen zc. möglichst bewirkt werden.

V. Niederlagen.

§ 62.

Die Niederlagen zerfallen in zwei Arten, solche mit Reinigungsapparaten, welche nur am Sitze von Hauptämtern angelegt werden, und solche ohne solche Anstalten.

§ 63.

Für jede Niederlage sind mindestens zwei Steuerbeamte, von denen der eine in der Regel ein Oberbeamter sein soll, zu bestellen.

Diesen Beamten liegt es ob:

1. den eingelieferten Spiritus abzunehmen, Maß und Stärke des Alkohols festzustellen und mit dem übersandten Abnahmechein der Abnahmebeamten zu vergleichen, etwaige Differenzen festzustellen und dem Hauptamte von dem Resultate der Prüfung Anzeige zu machen, welches darnach den Betrag an den Brennereibesitzer abführt;
2. die Fässer u. in die nach § 64 bestimmten Reservoirs zu entleeren und die leeren Fässer sofort an die Brennereibesitzer wieder abzusenden;
3. den Spiritus zu den Reinigungsanstalten nach Vorschrift abzugeben und den Reinigungsprozeß zu überwachen;
4. nach Angabe des Hauptamtes den Spiritus auf die von den Bestellern eingesandten Fässer zu füllen, die Literprocente nach § 56 festzustellen, eventuell zu denaturieren, von dem Geschehenen Anzeige zu machen und die gefüllten Fässer abzusenden, nachdem dieselben vorschriftsmäßig gespundet und steueramtlich verschlossen sind;
5. die Eintragungen in die Bücher zu machen;
6. alle Sonnabende, resp. tags zuvor die einzelnen Bestände nach den Büchern aufzunehmen und einzutragen, einen Auszug dem Hauptamte und dem Reichskanzleramte einzusenden, hierbei auch anzugeben, welche Arten und Mengen voraussichtlich entbehrlich und welche zu beschaffen sind (vom Reichskanzleramt wird bestimmt werden, welche Mengen und Arten gesandt werden sollen und nach welchen Niederlagen; den betreffenden Hauptämtern wird vom Reichskanzleramt monatlich eine Aufstellung zugehen, aus der zu ersehen ist, von wo in dringenden Fällen und auf kürzestem Wege etwaiger Bedarf an ausgegangenen Arten zu decken ist);
7. darüber zu wachen, daß kein Spiritus unbefugter Weise von den Niederlagen kommt;
8. am 1. April und 1. Oktober Inventur nach Vorschrift aufzunehmen und damit Nr. 6 zu verfahren.

§ 64.

Der in die Niederlagen eingelieferte Spiritus ist nach Art der Erzeugungstoffe zu sortieren, gesondert aufzubewahren und möglichst nach Vorschrift abzugeben.

1. Spiritus, aus Getreide (exkl. Mais und Dari) hergestellt.
Dieser Spiritus darf nur zu Genußzwecken abgegeben werden.
2. Spiritus, aus Kartoffeln oder Kartoffeln und Getreide (exkl. Mais, Dari) hergestellt.
Dieser Spiritus wird zu Genußzwecken abgegeben und muß gereinigt werden, kann auch im Bedarfsfalle roh zur Essigfabrikation denaturiert oder unter Kontrolle abgegeben werden.
3. Spiritus, aus Kartoffeln und Mais und Dari oder Getreide und Mais oder Dari hergestellt.
Dieser Spiritus darf nur zu gewerblichen Zwecken denaturiert oder unter Kontrolle abgegeben werden.
4. Spiritus, aus Mais oder Dari hergestellt.
Dieser Spiritus darf nur zu gewerblichen Zwecken denaturiert oder unter Kontrolle abgegeben werden.
5. Spiritus, aus Melasse u. hergestellt.
Dieser Spiritus darf nur denaturiert abgegeben werden.

§ 65.

Als allgemeines Denaturierungsmittel dient ein Gemisch von zwei Teilen Holzgeist und einem Teil Pyridinbasen, von welchem Gemenge dem zu denaturierenden Branntwein auf je 100 Liter reinen Alkohol drei Liter zugesetzt werden, und wird das Liter Denaturierungsmittel mit 3 Mk. berechnet.

Gewerbetreibenden kann für den eigenen Bedarf (jedoch darf derselbe nur zu deklarirten Zwecken verwendet werden) auf Wunsch auch mit anderen Mitteln denaturierter Spiritus abgegeben werden, und zwar:

1. mit Pyridinbasen zur Essigfabrikation, 0,5 Liter auf 100 Liter reinen Alkohol; das Liter Pyridinbasen wird mit 5 Mk. berechnet;
2. mit Essigsäurehydrat zur Essigfabrikation, 200 Liter 3 % Essigsäure oder 100 Liter 10 % Essigsäure auf 100 Liter reinen Alkohol, und wird das Liter 3 % mit 0,05 Mk., das Liter 10 % mit 0,10 Mk. berechnet;
3. mit Terpentinöl zur Herstellung von Lacken, Knallquecksilber, Alkaloiden, als Arzneimittel gebrauchten Extraktivstoffen, wie Jaloppenharz und Skammonium, 0,5 Liter auf 100 Liter reinen Alkohol, und wird das Liter mit 0,50 Mk. berechnet;
4. mit Tieröl zur Herstellung von Knallquecksilber, Anilinfarben, Alkaloiden, des Chloroforms, des Jodoforms, des Schwefeläthers, des Antipyrins aus Essigäther, des Chloralhydrats von Bleiweiß und essigsauren Salzen, 0,025 Liter auf 100 Liter reinen Alkohol, und wird das Liter mit 10 Mk. berechnet;

5. mit Schwefeläther zur Herstellung von Kollobdium, Tannin, Salicylsäure und salicylsauren Salzen, 10 Liter auf 100 Liter reinen Alkohol, und wird das Liter mit 0,60 Mk. berechnet.

Essigfabrikanten kann der Spiritus auch undenaturiert verabfolgt und gestattet werden, daß die Denaturierung unter besonderer Vorschrift in den eigenen Räumen von der Steuerstelle bewirkt wird, jedoch hat der Fabrikant dann die vorschriftsmäßigen Denaturierungsmittel zu beschaffen und die Kosten zu tragen.

VI. Von den Strafen.

§ 66.

Wer es unterläßt, an das Reich abzuliefernden Spiritus an die Niederlagen abzuführen, oder wer zu gewerblichen Zwecken verabsfolgten Spiritus zu andern als den deklarierten Zwecken verwendet oder wer mit einem höheren Steuerfaze belegte Materialien an Stelle der angemeldeten, zu einem niederen Steuerfaze veranlagten Stoffe zu Branntwein verarbeitet, macht sich der Strafe der Defraudation schuldig.

§ 67.

Eine Defraudation wird insbesondere dann als vollbracht angenommen:

1. wenn ohne den vorgeschriebenen, von der Steuerbehörde genehmigten Betriebsplan oder an anderen Tagen, in anderen Räumen oder unter Benutzung von anderen Destilliergeräten, als den in dem genehmigten Betriebsplan angemeldeten, Branntwein gebrannt wird und die wegen Änderungen des Betriebes erlassenen Bestimmungen nicht befolgt sind;
2. wenn für kleinere Brennereien durch Verwaltungsvorschriften angeordnete Betriebserklärungen nicht oder unrichtig abgegeben werden, beziehungsweise vorgeschriebene Brennereiregister nicht oder unrichtig geführt werden.
3. wenn über den unter steuerlicher Kontrolle stehenden Branntwein unbefugterweise verfügt wird.

§ 68.

Der Defraudation wird gleich geachtet:

1. wenn Destilliergeräte, welche durch Anlegung eines amtlichen Verschlusses oder in anderer Weise durch Anordnung der

- Steuerbehörden der Benutzung entzogen worden sind, unbefugter Weise wieder in Betrieb genommen werden;
2. wenn ein auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes oder der erlassenen Verwaltungsvorschriften angelegter Verschuß oder einer derjenigen Teile der Brennergeräte, einschließlich der Branntwein-Sammelgefäße und des Meßapparates, aus welchen eine Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein möglich ist, unbefugterweise verletzt wird;
 3. wenn in einer Brennerei, in welcher ein Meßapparat aufgestellt ist, Handlungen vorgenommen werden, welche die regelmäßige Thätigkeit desselben zu stören geeignet sind, oder ein Meßapparat, welcher unrichtig zeigt, wissentlich fortbenutzt wird;
 4. wenn jemand Branntwein, von dem er weiß oder den Umständen nach wissen muß, daß derselbe defraudiert ist, erwirbt oder in Umsatz bringt.

§ 69.

Das Dasein der Defraudation wird in den durch die §§ 67, 68 angegebenen Fällen durch die daselbst bezeichneten Thatfachen begründet.

Wird jedoch in diesen Fällen festgestellt, daß eine Defraudation nicht hat verübt werden können, oder wird nicht festgestellt, daß eine solche beabsichtigt gewesen sei, so wird nur eine Ordnungsstrafe festgesetzt.

§ 70.

Wer eine Defraudation begeht, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem vierfachen Betrage der hinterzogenen Steuer gleichkommt, oder 10 Mk. für jedes nicht abgelieferte oder gemißbrauchte Liter reinen Alkohols beträgt. Kann das Quantum des Materials oder des Alkohols nicht festgestellt werden, so ist auf Geldstrafe von 15 bis 10 000 Mk. zu erkennen. Neben der Strafe ist die Abgabe zu entrichten.

Die Strafe wird, wenn ein Destilliergerät unbefugterweise zur Branntweinbereitung benutzt worden ist, nach derjenigen Menge reinen Alkohols, resp. Materials zum höchsten Steuersatze berechnet, welche bei unausgesetztem Betriebe während der dem Zeitpunkte der Entdeckung vorhergegangenen drei Monate damit gewonnen, resp. verarbeitet werden konnte, sofern nicht entweder eine größere Defraudation ermittelt oder eine Benutzung in geringerem Umfange nachgewiesen wird.

Hat eine unbefugte Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein oder eine absichtliche Störung des Meßapparates stattgefunden, so wird die Strafe in

der Art berechnet, daß für die dem Zeitpunkte der Entdeckung vorhergehenden drei Monate der ununterbrochene Bestand der Ableitung, Entnahme oder Störung angenommen wird, sofern nicht eine andere Dauer derselben oder eine größere Defraudation nachgewiesen wird. Neben der Geldstrafe ist in den Fällen dieses Absatzes gegen den Thäter und den Teilnehmer zusätzlich auf eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre zu erkennen. Liegt eine Übertretung vor, so ist die Beihilfe und die Begünstigung mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. zu ahnden.

§ 71.

Im Falle der Wiederholung der Defraudation nach vorhergegangener Bestrafung — auch wenn dieselbe nur teilweise verbüßt oder ganz erlassen ist, wenn nicht fünf Jahre seit der Verurteilung und der neuen Strafthat verfloßen sind — wird die in § 70 angedrohte Strafe verdoppelt. Jeder fernere Rückfall zieht Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren nach sich.

§ 72.

Wird den bei Fixationsbewilligungen festgesetzten Bedingungen zur Verkürzung der Steuer oder des abzuliefernden Branntweins entgegengehandelt, so tritt die Strafe der Defraudation ein.

§ 73.

Wer den das Monopol betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes, sowie den in Gemäßheit desselben erlassenen und öffentlich oder den Beteiligten besonders bekannt gemachten Verwaltungsvorschriften zuwiderhandelt — sofern nicht die Strafe der Defraudation verwirkt ist;

oder wer einen zum Schutze des Spiritusmonopols verpflichteten Beamten oder dessen Angehörigen wegen einer auf dasselbe bezüglichen amtlichen Handlung oder der Unterlassung einer solchen Geschenke oder andere Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt, sofern nicht der Thatbestand des § 333 des Strafgesetzbuches vorliegt;

oder wer sich Handlungen oder Unterlassungen zu Schulden kommen läßt, durch welche ein solcher Beamter an der regelmäßigen Ausübung der zum Schutze des Monopols ihm obliegenden amtlichen Thätigkeit verhindert wird, sofern nicht der Thatbestand der §§ 113 oder 114 des Strafgesetzbuches vorliegt,

wird mit einer Ordnungsstrafe bis zu 1000 Mk. belegt.

§ 74.

Der Besitzer einer Brennerei, in welcher eine unbefugte Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein oder eine absichtliche Störung des Meßapparates ermittelt wird, ist als solcher, unabhängig von der Verfolgung der eigentlichen Thäter, mit Geldstrafe von 50 bis 1000 Mk. zu bestrafen.

Werden in einer Brennerei aus besonderen Anlagen bestehende heimliche Vorrichtungen zum Zwecke der Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein oder zur Störung des Meßapparates ermittelt, so verfällt der Brennereibesitzer als solcher in eine Geldstrafe von 500 bis 5000 Mk.

Wird in einer Brennerei ein amtlicher Verschluß oder einer derjenigen Teile der Brennereigeräte (§ 68, Nr. 2), aus welchen eine Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein möglich ist, verletzt, so trifft den Brennereibesitzer als solcher eine Geldstrafe von 50—300 Mk.

Die Strafe in diesen Fällen tritt nur dann ein, wenn festgestellt ist, daß die Zuwiderhandlung mit Willen oder Wissen des Brennereibesitzers verübt worden ist.

§ 75.

Brennereibesitzer, welche den Betrieb nicht selbst leiten, können die Übertragung der ihnen gemäß § 74 obliegenden strafrechtlichen Verantwortlichkeit auf einen in ihrem Namen und Auftrage handelnden Brennereileiter bei der Steuerbehörde in Antrag bringen. Falls der Antrag genehmigt wird (was widerruflich ist), geht die strafrechtliche Verantwortlichkeit, unbeschadet der subsidiarischen Vertretungsverbindlichkeit des Brennereibesitzers gemäß § 78 auf den Brennereileiter über.

Die Strafe in den Fällen des § 74 tritt nur dann ein, wenn festgestellt ist, daß die Zuwiderhandlung mit Wissen und Willen des Brennereileiters verübt worden ist.

§ 76.

Werden Brennereibesitzer wegen Defraudation durch unbefugte Branntweinbereitung, Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein (§ 67, Nr. 1 bis 3) oder durch absichtliche Störung des Meßapparates verurteilt, so ist ihnen zu untersagen, das Brennereigewerbe selbst jemals wieder auszuüben oder durch andere zu ihrem Vorteil ausüben zu lassen.

§ 77.

Unbeschadet der verwirkten Ordnungsstrafen kann die Steuerbehörde die Beobachtung der auf Grund der das Monopol betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes und der in Gemäßheit desselben erlassenen Verwaltungsvorschriften angeordneten Kontrollen durch Androhung und Einziehung exekutivischer Geldstrafen bis zu 500 Mk. erzwingen, auch wenn die Pflichtigen die zum Zwecke der Kontrollierung vorgeschriebenen Einrichtungen zu treffen unterlassen, diese auf Kosten der Pflichtigen herstellen lassen. Die Einziehung der hierdurch erwachsenen Auslagen erfolgt in dem Verfahren für

die Vertreibung von Zollgefällen und mit dem Vorzugsrecht der letzteren.

§ 78.

1. Gewerbe- und Handeltreibende einschließlich der Brennereibesitzer haften hinsichtlich der in den §§ 70 bis 73 und 75 verhängten Geldstrafen mit ihrem ganzen Vermögen für ihre Verwalter, Gewerbsgehilfen, sowie für diejenigen Hausgenossen, welche in der Lage sind, auf den Gewerbebetrieb Einfluß zu üben (§ 17), wenn:

- a) diese Geldstrafen von dem eigentlich Schuldigen wegen Unvermögens nicht beigetrieben werden können und zugleich
- b) der Nachweis erbracht wird, daß bei Auswahl und Anstellung der Verwalter und Gewerbsgehilfen oder bei Beaufsichtigung derselben, sowie der oben bezeichneten Hausgenossen fahrlässig, d. h. nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes, zu Werke gegangen ist.

Als solche Fahrlässigkeit gilt insbesondere die wissentliche Anstellung, beziehungsweise Beibehaltung eines wegen Brauntweinsteuer-Defraudation bereits bestraften Verwalters oder Gewerbsgehilfen, falls nicht die oberste Finanzbehörde die Anstellung, beziehungsweise Beibehaltung eines solchen genehmigt hat.

Ist ein Gewerbe-, Handel- und Brennereibetreibender, welcher nach den Bestimmungen dieses Gesetzes subsidiarisch in Anspruch genommen wird, bereits wegen einer von ihm selbst begangenen Brauntweinsteuer-Defraudation bestraft, so hat derselbe die Vermutung fahrlässigen Verhaltens so lange gegen sich, als er nicht nachweist, daß er bei Auswahl und Anstellung, beziehungsweise Beaufsichtigung seines Hilfspersonals die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes angewendet hat.

2. Zur Erlegung von Geldstrafen auf Grund subsidiarischer Haftung in Gemäßheit der Vorschriften zu 1 können die oben Bezeichneten nur durch richterliches Erkenntnis verurteilt werden.

3. Die Befugnis der Steuerverwaltung, statt der Einziehung der Geldbuße von dem subsidiarisch Verhafteten und unter Verzicht hierauf die im Unvermögensfalle an Stelle der Geldbuße zu verhängende Freiheitsstrafe sogleich an den eigentlichen Schuldigen vollstrecken zu lassen, wird durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

4. Hinsichtlich der infolge einer Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften dieses Gesetzes vorenthaltenen Steuer haftet der Brennereibetreibende für die unter 1 bezeichneten Personen mit seinem Vermögen, wenn die Steuer von dem eigentlich Schuldigen wegen Unvermögens nicht beigetrieben werden kann.

In denjenigen Fällen jedoch, in welchen die Berechnung der vorenthaltenen Steuer lediglich auf Grund der in diesem Gesetze vorgeschriebenen Vermutungen erfolgt (§ 70), tritt die subsidiarische

Haftbarkeit des Brennereibetreibenden nur unter der zu 1a bestimmten Voraussetzung ein und kann derselbe nur durch richterliches Erkenntnis hierzu verurteilt werden.

§ 79.

Treten der Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes andere Vergehen oder Verbrechen hinzu, so kommen die allgemeinen Strafgesetze zur Anwendung. Im Falle mehrerer oder wiederholter Zuwiderhandlungen gegen die den Monopolschutz betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes, welche nur mit Ordnungsstrafen bedroht sind, soll, wenn die Zuwiderhandlungen derselben Art sind und gleichzeitig entdeckt werden, die Ordnungsstrafe gegen denselben Thäter, sowie gegen mehrere Teilnehmer zusammen nur im einmaligen Betrage festgesetzt werden.

§ 80.

Die Umwandlung der nicht heizutreibenden Geldstrafen in Freiheitsstrafen erfolgt gemäß §§ 28 und 29 des Strafgesetzbuches.

§ 81.

Die Strafverfolgung von Defraudationen verjährt in drei Jahren, diejenige von Zuwiderhandlungen, welche mit Ordnungsstrafen bedroht sind, in einem Jahre.

Die Strafverfolgung auf Grund der Bestimmungen der §§ 74, 75 verjährt zugleich mit dem Eintritt der Verjährung gegen den eigentlichen Thäter.

§ 82.

In Betreff der Feststellung, Untersuchung und Entscheidung der Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes und die in Gemäßheit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften, in Betreff der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gnadenwege kommen die Vorschriften zur Anwendung, nach welchen sich das Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze bestimmt.

§ 83.

Die nach den Vorschriften dieses Gesetzes verwirkten Geldstrafen fallen dem Fiskus desjenigen Staates zu, von dessen Behörden die Strafentscheidung erlassen worden ist.

§ 84.

Jede von einer nach § 82 zuständigen Behörde wegen einer Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes und in Gemäßheit desselben erlassenen Verwaltungsvorschriften einzuleitende Untersuchung und zu erlassende Strafentscheidung kann auch auf diejenigen Teilnehmer, welche anderen Bundesstaaten angehören, ausgedehnt werden.

Die Strafvollstreckung ist nötigenfalls durch Ersuchen der zuständigen Behörden und Beamten desjenigen Bundesstaates zu bewirken, in dessen Gebiet die Vollstreckungsmaßregel zur Ausführung kommen soll.

Die Behörden und Beamten der Bundesstaaten sollen sich gegenseitig thätig und ohne Verzug den verlangten Bescheid in allen gesetzlichen Maßregeln leisten, welche sich auf die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz beziehen.

VII. Zollabgaben.

§ 85.

Von dem vom Zollausslande in Fässern eingehenden Arrak, Cognac und Rum werden an Zoll vom Tage der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes ab 300 Mk. für 100 Kilogramm, von allen übrigen fertigen Trinkbranntweinen 250 Mk. für 100 Kilogramm erhoben.

Andere Branntweine dürfen nur vom Herrn Reichskanzler mit Genehmigung des Bundesrates für die Niederlagen eingeführt werden.

VIII. Übergangsbestimmungen.

§ 86.

Alle am 1. Juli 1896 innerhalb des Gebietes des deutschen Reiches im freien Verkehr befindliche Branntwein unterliegt einer sofort zu entrichtenden Nachsteuer von 50 Pf. für das Liter reinen Alkohols.

Von der Nachsteuer befreit bleiben:

1. Branntwein, welcher zu gewerblichen Zwecken einschließlich der Essigbereitung, zu Heil-, zu wissenschaftlichen oder zu Putz-, Heizungs-, Koch- oder Beleuchtungszwecken denaturiert oder unter Kontrolle stehend verwendet wird, in Mengen von nicht mehr als 1000 Litern.
2. Branntwein im Besitz von Gewerbetreibenden, welche die Erlaubnis zum Ausschänken von Branntwein oder zum Kleinhandel mit Spiritus haben, in Mengen von nicht mehr als

50 Litern; im Besitz von anderen Haushaltungsvorständen in Mengen von nicht mehr als 10 Litern reinen Alkohols.

3. Branntwein, welcher nachweislich gegen Erlegung des Zollbetrages von 300 Mk. für 100 Kilogramm vom Auslande eingeführt worden ist.

§ 87.

Besitzer von steuerfreien Spirituslagern müssen sich bis zum 30. Juni 1896 darüber bei den zuständigen Hauptämtern erklären, ob sie den in ihrem Lager befindlichen Spiritus am 1. Juli 1896 an die Niederlagen zum Preise von 30 Mk. pro 100 Liter à 100 % frei Niederlage abliefern oder denselben gegen sofortige Zahlung einer Steuer von 120 Mk. pro 100 Liter reinen Alkohols behalten wollen, in welchem Falle nach Feststellung und Entrichtung der Steuer die Kontrolle sofort aufgehoben wird, oder denselben exportieren wollen, in welchem Falle der Spiritus nach § 57, alinea 2 behandelt wird.

Wird obige Erklärung nicht rechtzeitig abgegeben, so haben die obersten Verwaltungsbehörden zu bestimmen, ob der Spiritus gegen obige Vergütung von den Niederlagen zu übernehmen oder gegen sofortige Zahlung obiger Steuer in den freien Verkehr zu setzen ist.

§ 88.

Ein jeder, der am 1. Juli 1896 im Besitze von nachsteuerpflichtigem Branntwein, z. B. Spiritus, Liqueuren, Punschessenzen, Obstbranntwein, parfümiertem Spiritus, ferner sogenannten Branntweinessenzen, Arrak, Rum und Cognac, gleichviel ob er ihn in seinen eigenen oder fremden Räumen aufbewahrt, ist, hat bis zum 3. Juli der Hebestelle ein doppeltes Verzeichnis (wozu die Formulare von der Hebestelle zu beziehen sind) des vorhandenen Branntweins einschließlich des steuerfreien nach Mengen, Stärke und Aufbewahrungsort einzureichen.

Auf dem Transport befindlicher Branntwein, von welchem die Nachsteuer noch nicht entrichtet ist, muß von dem Empfänger nach Ankunft angemeldet und versteuert werden.

Dieses Verzeichnis ist von der Hebestelle in ein „Anmelderegister über den zur Nachsteuer deklarierten Branntwein“ sofort einzutragen. Nach Eintragung der Deklaration ist dem mit der Kontrolle der Nachsteuer beauftragten Beamten ein Exemplar der Anmeldung zu übergeben, und hat derselbe möglichst sofort darnach die Revision der angemeldeten Vorräte vorzunehmen; namentlich hat sich derselbe davon zu überzeugen, daß alle Vorräte richtig angegeben worden sind. In dieser Beziehung ist auf die einschlägigen Geschäftsverhältnisse und die in sonstiger Weise erhaltenen Anhaltspunkte Rücksicht zu nehmen.

Ergiebt sich der Verdacht, daß erhebliche Mengen von Branntwein verheimlicht worden sind, so ist eventuell durch Vornahme von Hausdurchsuchungen nach Maßgabe der hierüber bestehenden Vorschriften der Sachverhalt zu ermitteln, ein Protokoll, in welchem die verschwiegene Menge des Branntweins und des Stärkegrades desselben angegeben sein muß, aufzunehmen und solches dem vorgesetzten Hauptamte zur Strafverfolgung vorzulegen.

§ 89.

Die Inhaber von nachsteuer-, resp. anmeldepflichtigem Branntwein sind gehalten, den Kontrollbeamten bei dieser Revision diejenigen Hilfsdienste zu leisten oder leisten zu lassen, welche nötig sind, um die amtlichen Feststellungen in den erforderlichen Grenzen zu vollziehen.

Die bis zum Zeitpunkte der Revision erfolgten Veränderungen des Lagerbestandes durch Ab- und Zugang sind dem Revisionsbeamten durch Belege nachzuweisen.

§ 90.

Nach geschehener Revision ist der von der Hebestelle zu berechnende Betrag der Nachsteuer dem Beteiligten unverweilt schriftlich bekannt zu geben, welcher den festgesetzten Steuerbetrag innerhalb acht Tagen nach der Bekanntgabe bei der Steuerhebestelle gegen Quittung einzuzahlen hat.

§ 91.

Hinterziehungen der Nachsteuer und sonstige Verletzungen der wegen Erhebung derselben gegebenen Vorschriften werden nach Maßgabe der hinsichtlich des Monopolschutzes getroffenen Strafbestimmungen geahndet. Eine Hinterziehung der Nachsteuer liegt auch dann vor, wenn die Menge des Branntweins oder der Liqueure u. oder der Stärkegrad des Branntweins absichtlich zu gering angegeben wird.

Liegt eine solche Absicht nicht vor, so können Differenzen bis zu 10 % außer Betracht bleiben.

§ 92.

Zur Feststellung der Mengen und Stärken des Branntweins in Fässern u. gelten die Vorschriften des § 56.

Ist in der Deklaration die Stärke des Alkohols mit 90 % und mehr angegeben, so ist von der Feststellung der Stärke abzusehen.

Bei Branntwein in Flaschen wird die Anzahl der Flaschen von je gleicher Größe festgestellt und sodann ermittelt, wie groß das Gewicht des Inhalts einer dieser Flaschen ist, hiernächst das Gesamtgewicht aller Flaschen von je gleicher Größe berechnet.

Die Stärke wird bei den mit Zucker versetzten fertigen Trinkbranntweinen auf 30 % anzunehmen sein. Bei anderen als mit Zucker versetzten Trinkbranntweinen, bei Arrak, Rum, Obstbranntwein, Branntweinessenzen u. ist, gleichviel ob diese alkoholhaltigen Stoffe sich in Fässern oder Flaschen befinden, der Stärkegrad probeweise zu ermitteln, falls sich der Besitzer nicht mit einer Alkoholstärke von 50 % einverstanden erklärt. In den Spiritusfabriken, in welchen Spiritus mittelst Filtrierens über Kohlenstaub gereinigt wird, ist die Menge des in den Filtrierständern befindlichen Spiritus in der Weise festzustellen, daß zunächst ermittelt wird, wieviel Kilogramm eine Tagesfüllung für je einen Ständer beträgt und welche Menge Spiritus ursprünglich zur Befuchtung des Kohlenstaubes verwendet wurde. Diese beiden Beträge zusammengekommen ergeben annähernd den derzeitigen Spiritusinhalt je eines Ständers.

Hierbei kann angenommen werden, daß auf einen Ständer zu ca. 5000 Liter Inhalt täglich ca. 400 Liter Spiritus aufgegeben, zur ursprünglichen Füllung ca. 20 Zentner Kohlenstaub verwendet und auf 50 Kilogramm Kohlenstaub ca. 100 Liter Spiritus gerechnet werden. Dieser Spiritus ist zu 50 % anzunehmen.

§ 93.

Die Steuerbeamten haben die bei der Revision ermittelten Resultate in die Deklaration nach Maßgabe des Vordrucks und der Probeneintragungen einzusetzen, den Befund zu unterzeichnen und von den Beteiligten zur Anerkennung mit unterschreiben zu lassen.

Hierbei wird bemerkt, daß die Feststellung der Mengen und des Stärkegrades auf probeweise Ermittlungen beschränkt werden kann, wenn die Revision eines Teiles der deklarierten Vorräte Übereinstimmung zwischen den bezüglichen Angaben des Steuerpflichtigen und dem amtlichen Befunde ergeben hat.

§ 94.

Der Herr Reichskanzler wird ermächtigt, während der Übergangsperiode nach eigenem Ermessen den Verkaufspreis bis zu 100 Mk., resp. 20 Mk. pro 100 Liter reinen Alkohols herabzusetzen.

IX. Schlußbestimmungen.

§ 95.

Der Bundesrat ist ermächtigt, die zum Schutze des Monopols noch erforderlichen Bestimmungen zu erlassen, dieselben sind dem

Reichstage — falls er versammelt ist — sofort, andernfalls bei dessen nächstem Zusammentreten vorzulegen. Dieselben sind außer Kraft zu setzen, soweit der Reichstag dies verlangt.

§ 96.

Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Verordnungen, Bestimmungen, Erlasse und Gesetze sind mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes aufgehoben.

Begründungen.

Für die Beschränkung des Monopols auf den Ankauf, die Reinigung und den Verkauf des Spiritus ist bestimmend, daß bereits durch die Einführung dieses dem Reiche eine Mehreinnahme von über 100 000 000 Mk. zufließt, ohne daß die vielen Hunderttausende von Existenzen, welche sich mit der Bereitung und dem Vertriebe der Trinktbranntweine beschäftigen, in ihrem Erwerbe geschädigt werden, während der Landwirtschaft eine erhöhte gesicherte Einnahme gewährt wird, ohne daß den Konsumenten eine größere Belastung zugemutet werde. Infolgedessen dürfte für die Einführung dieses Monopols sowohl im Bundesrate, wie im Reichstage eine bedeutende Majorität gesichert erscheinen.

Der Börse würde der Spiritus allerdings völlig entzogen, dafür wird ihr aber ein kleiner Ersatz in der zu bildenden Aktien-Gesellschaft geboten, deren Statut der besonderen Genehmigung des Reichstanzlers bedarf.

Da die Preise im Kleinhandel fast unverändert bleiben werden, weil jeder Gewerbetreibende seinen Bedarf direkt aus den Niederlagen zu festen Preisen jederzeit decken kann und daher nicht gezwungen ist, größere Quantitäten einzukaufen oder Zwischenhändlern tributpflichtig zu werden, dürfte auch der Konsum infolge Einführung des Monopols nicht zurückgehen.

Um den Betrieb der 48255 Brennereien, welche Branntwein aus den in § 3 aufgeführten nichtmehligen Stoffen bereiten, so wenig wie möglich zu beeinträchtigen, ist deren Erzeugnis vom Monopol ausgeschlossen, und wird von diesen zu verarbeitenden Stoffen nur eine erhöhte Materialsteuer erhoben.

Auch etwa entstehende gewerbliche Brennereien, welche nur für den Export produzieren wollen, sind von jeder beschränkenden

Brauntweinsteuer befreit und unterliegen nur der notwendigen steuerlichen Kontrolle.

Nach den Notierungen der Berliner Börse betrug der Durchschnittspreis pro 100 Liter 100 % Spiritus frei Verbrauchsabgabe loco ohne Faß

im Jahre	1888	32,85	Mk.
" "	1889	34,51	"
" "	1890	37,85	"
" "	1891	51,38	"
" "	1892	38,59	"
" "	1893	34,73	"

bleibt bei der Festsetzung des Durchschnittspreises dieser sechs Jahre die höchste und niedrigste Notierung außer Ansatz, so ergibt sich als Durchschnittspreis 36,42 Mk. Wird hiervon die Maischbottichsteuer im Betrage von 16 Mk. pro 100 Liter reinen Spiritus abgerechnet, so stellt sich der Berliner Börsennettopreis auf 20,42 Mk., welcher sich für das Kontingent um 20 Mk. erhöht.

In dem für die Brenner günstigen Jahre 1891/92 betrug die Gesamtausbeute an reinem Spiritus 294824400 Liter.

Hiervon waren kontingentiert 213442700 Liter;

diese brachten zum Netto-		
durchschnittspreise von		
40,42 Mk. berechnet .	80381700	86273539,34 Mk.
das Exkontingent betrug .	80381700	"
diese brachten zu 20,42 Mk.		
berechnet		16413943,14 "

In Summa brachten 294824400 Liter = 102687482,48 Mk.

Somit stellte sich nach Berliner Notiz der Durchschnittspreis auf 34,80 Mk. pro 100 Liter reinen Alkohols.

In Wirklichkeit haben aber nur diejenigen wenigen Brennereibesitzer in der Nähe Berlins, welche ihren Spiritus direkt nach dort liefern konnten, diesen Preis erhalten. Die größte Mehrzahl hat 3 bis 5, im Mittel 4 Mk. unter Berliner Notiz erzielt, sodaß dieselben ihren Spiritus nur zu 30,80 Mk. verwertet haben dürften, von welchem Betrage noch die Fracht bis zum Wohnsitz des Zwischenhändlers in Abzug zu bringen wäre.

Nach Einführung des Monopols würde pro Kopf der Bevölkerung 5,5 Liter reinen Alkohols zum Monopol-Kontingentpreise an die Niederlagen abgeliefert werden können.

Dies ergibt, da nach der letzten Zählung am 1. Dezember 1890 eine Bevölkerung von 49428470 Seelen festgestellt worden ist, 271856585 Liter reinen Alkohols. Um nun dieses Quantum in den Verkehr bringen zu können, müssen 5 % für Abgang, Verlust u. hinzugerechnet werden. Somit wären 285449434 Liter reinen Alkohols abzuliefern.

Für dieses, auf 285 500 000 Liter abgerundete Quantum würde das Reich zu zahlen haben an:

5356	Brennereien, welche Kartoffeln oder Getreide exkl. Mais u. verarbeiten und jährlich bis 1000 Liter (à 100 Liter 36 Mk.) produzieren, für ein Quantum von 700 000 Litern =	252 000 Mk.
3593	landwirtschaftl. Brennereien, welche aus obigen Materialien 1000 bis 50 000 Liter (à 100 Liter 35 Mk.) jährlich produzieren, für ein Quantum von 60 800 000 „	= 21 280 000 „
1794	wie vorher, die jährlich über 50 000 Liter (à 100 Liter 34 Mk.) produzieren 170 000 000 „	= 57 800 000 „
752	gewerbliche Brennereien, die aus obigen Materialien jährlich über 1000 Liter (à 100 Liter 34 Mk.) produzieren, für ein Quantum von . . . 30 000 000 „	= 10 200 000 „
2	Brennereien, welche Melasse verarbeiten u. jährl. bis 1000 Liter (à 100 Liter 31 Mk.) produzieren, für ein Quantum von . . . 700 „	= 217 „
37	gewerbliche Brennereien, die Melasse verarbeiten und jährlich mehr wie 1000 Liter (à 100 Liter 29 Mk.) produzieren, für ein Quantum von . . . 23 999 300 „	= 6 959 797 „
11534	Brennereien in Sa. für 285 500 000 Liter =	96 492 014 Mk.

sodaß der Brennereibesitzer pro 100 Liter reinen Spiritus im Durchschnitt ca. 34 Mk. erhält (wovon nur noch die geringe Fracht für den Transport zu den Niederlagen in Abgang käme) und die Gewißheit hat, zu diesem Preise stets sein Produkt verwerten zu können.

Das Monopolkontingent erhöht das jetzige Kontingent um 34 % und ist nur 3 % niedriger als das gesamte erzeugte Quantum Spiritus von 1891/92.

Durch diese gesicherten Preise sowohl, wie durch dieses Quantum zu liefernden Spiritus wird das Monopol dazu beitragen, das Brennereigewerbe wieder zu heben, denn nichts schädigt eine Industrie mehr als schwankende Preise, zu denen das erzeugte Produkt zu verwerten ist.

Um nun auch in futterarmen Jahren den Brennern Gelegenheit zu geben, die Futterstoffe zu vermehren, kann denselben gestattet werden, auch ein größeres Quantum Spiritus zu produzieren und abzuliefern. Dieselben erhalten dann die angegebenen Preise, welche dem Weltmarktpreise entsprechend angenommen sind.

Diese Überproduktion wird das Reich als Vorrat aufzuspeichern haben, um in Jahren, in welchen geringere Quantitäten Spiritus eingeliefert werden sollten, den Bedarf decken zu können oder, falls hierfür genügende Mengen angesammelt sein sollten, das Mehr ins Ausland abzustößen haben.

Die Preisabstufungen zu Lasten der größeren Betriebe dürften sich durch deren vielfach günstigere Produktionsverhältnisse rechtfertigen.

Auch die geringere Bewertung des Spiritus aus Mais und Darr dürfte sowohl durch die geringere Güte des erzeugten Produktes, als auch deshalb geboten sein, um die Verwendung inländischer Bodenerzeugnisse zu begünstigen. Der noch niedrigere Preis des Spiritus aus Melasse rechtfertigt sich durch das minderwertige Produkt, welches nur zu häuslichen und gewerblichen Zwecken verwendet werden kann.

Aus dem Spiritus hat das Reich jetzt an Maischbottich-, Material- u. Steuer und Verbrauchsabgabe von den 59789 im Betriebe befindlichen Brennereien vereinnahmt 134 178 622 Mk.

Aus dem Monopol werden sich folgende Einnahmen ergeben:

1. der Einkaufspreis des Spiritus beträgt für . . . 285 500 000 Liter = 96 492 014 Mk.
hierzukommen an Unkosten für Rektifizieren und Aufbewahren 28 550 000 „
durch Verlust verringert sich das eingekaufte Quantum um 13 700 000 „
so daß 271 800 000 Liter = 125 042 014 Mk. kosten.
2. Der Verkauf bringt für . 221 800 000 Liter à 1,50 Mk. = 332 700 000,00 Mk.
der Verkauf bringt für . 50 000 000 „ „ 0,50 „ = 25 000 000,00 „
so daß 271 800 000 Liter = 357 700 000,00 Mk. bringen.
Hiervon der Selbstkostenpreis mit . . 125 042 014,00 Mk.
abgerechnet, giebt einen Nettogewinn von . 232 657 986,00 Mk.
Hierzu die Materialsteuer im Betrage von . 2579 084,50 „
235 237 070,50 Mk.

Es ergibt sich also ein Ueberschuß von 235 237 070,50 Mk. oder ca. 100 Millionen mehr wie bisher ohne wesentliche Verteuerung der Trinkbranntweine.

Bei der Einrichtung, von 100 Litern an vorzüglich gereinigten Spiritus zu einem festen Preise jederzeit beschaffen zu können, werden selbst die kleinsten Gewerbetreibenden in der Lage sein, ihren Bedarf direkt von den Niederlagen zu beziehen, während sie sonst gezwungen waren, entweder ganze Wagenladungen zu beziehen, wodurch bei den stets schwankenden Preisen ein Verlust unvermeidlich war, der doch wieder auf die Konsumenten abgewälzt wurde, oder von Zwischenhändlern geringere Quantitäten zu höheren Preisen zu nehmen.

Das Liter gewöhnlichen Trinkbranntweins von 25 % würde dem sogenannten Destillateur 37,5 Pf., mit Unkosten 38 Pf. kosten. Wird dieser Branntwein im Kleinverkauf wie jetzt mit 60 bis 70 Pf., im Durchschnitt mit 65 Pf., und im Ausschank mit 150 bis 200 Pf., im Durchschnitt mit 170 Pf. verkauft, so wird sich der Gewinn nur um einige Pfennige verringern, im Kleinverkauf immer noch einen Nutzen von über 70 % und im Ausschank von über 250 % abwerfen. Bei besseren Branntweinen wird der Gewinn noch ein bedeutend größerer, denn 1 Liter 30 % Branntwein kostet dem Destillateur 45 Pf., rechnet man zum Verfüßen $\frac{1}{4}$ Pfund Zucker mit 7,5 Pf. und ätherische Öle mit 2,5 Pf. hinzu, so stellt sich der Selbstkostenpreis dieses Branntweins auf 55 Pf., während derselbe im Kleinverkauf mit 1,20 bis 1,50 Mk. und im Ausschank mit 5 bis 6 Mk. verwerthet wird, also einen Nutzen von über 100 % bzw. über 800 % abwirft.

Für den zu technischen Zwecken u. unter Kontrolle oder denaturiert abzugebenden Spiritus ist der Preis auf 50 Mk. pro 100 Liter reinen Alkohols festgesetzt, und dürfte auch hier ein Minderverbrauch nicht stattfinden, da vor Einführung des jetzigen Branntwein-Steuergesetzes der Preis ein bedeutend höherer war.

Die Essigfabrikation müßte aber durch Einführung eines entsprechenden Zolles auf vom Auslande eingeführte essigsaure Salze, welche jetzt vielfach zur Fabrikation des Essigsäurehydrats benutzt werden, zu gunsten des heimischen Erzeugungsproduktes geschützt werden oder, falls die Untersuchung ergeben sollte, daß die aus diesem Mineral hergestellten Fabrikate der Gesundheit wirklich schädlich seien, die Verwendung derselben zu Genußzwecken verboten werden.

Um sowohl den Ablieferungspflichtigen, als auch den Käufern von Spiritus die Transportkosten so weit als nur möglich zu verringern, sind über das ganze Reich verteilt in den aufgeführten Städten Niederlagen anzulegen, welche durch ein Geleise mit der Eisenbahn verbunden werden.

Die Einrichtung dieser Niederlagen und die Reinigung des Spiritus ist einer Aktiengesellschaft und dem Reiche die Aufsicht über den Betrieb deshalb übertragen, weil dadurch größere Garantie geboten wird, daß nur vorzüglich gereinigte Ware in den Verkehr gelangt. Auch die Anlage und der Betrieb dieser Anstalten dürfte minder kostspielig werden, wenn solches von Privaten bewirkt wird, als wenn das Reich als Unternehmer auftreten würde; ebenso würde der Ankauf der Rektifikations- u. Apparate durch die Gesellschaft geringere Mittel erfordern, als wenn die Besitzer hoffen dürfen, aus dem großen Reichsfäkel ihre oft übertriebenen Ansprüche befriedigen zu können.

Neben diesen Gründen ist auch maßgebend gewesen, daß durch diese Anordnung das Reich ohne wesentliche Kürzung sofort in den Genuß der Monopoleinkünfte gelangt.

Aus letzterem Grunde sind auch die in den Übergangsbestimmungen angeführten Verordnungen notwendig.

Die Mehrzahl der Raffinerien ist mit der Fabrikation der Trinkbranntweine, welche durch das Monopol nicht beschränkt wird, verbunden und erleidet fast keine Einbuße, da die Spiritus-Reinigungsindustrie in den letzten Jahren so wenig lohnend gewesen ist, daß viele Besitzer den Betrieb eingestellt haben und daher froh sein werden, ihre Apparate zu angemessenen Preisen abgeben zu können.

Auch die kleine Zahl derjenigen Fabriken, welche sich nur mit der Reinigung u. des Spiritus beschäftigt, klagt darüber, daß das Geschäft nur sehr geringen Nutzen abwerfe und dieser noch, da große Lager gehalten werden müssen, durch den steten Niedergang der Spirituspreise absorbiert werde.

Also erleiden auch die Besitzer dieser Raffinerien keinen Schaden, wenn die Gesellschaft die Apparate zu angemessenen Preisen übernimmt.

Die meisten dieser Etablissements liegen auch so günstig, daß die ganze Anlage von der Gesellschaft erworben werden wird.

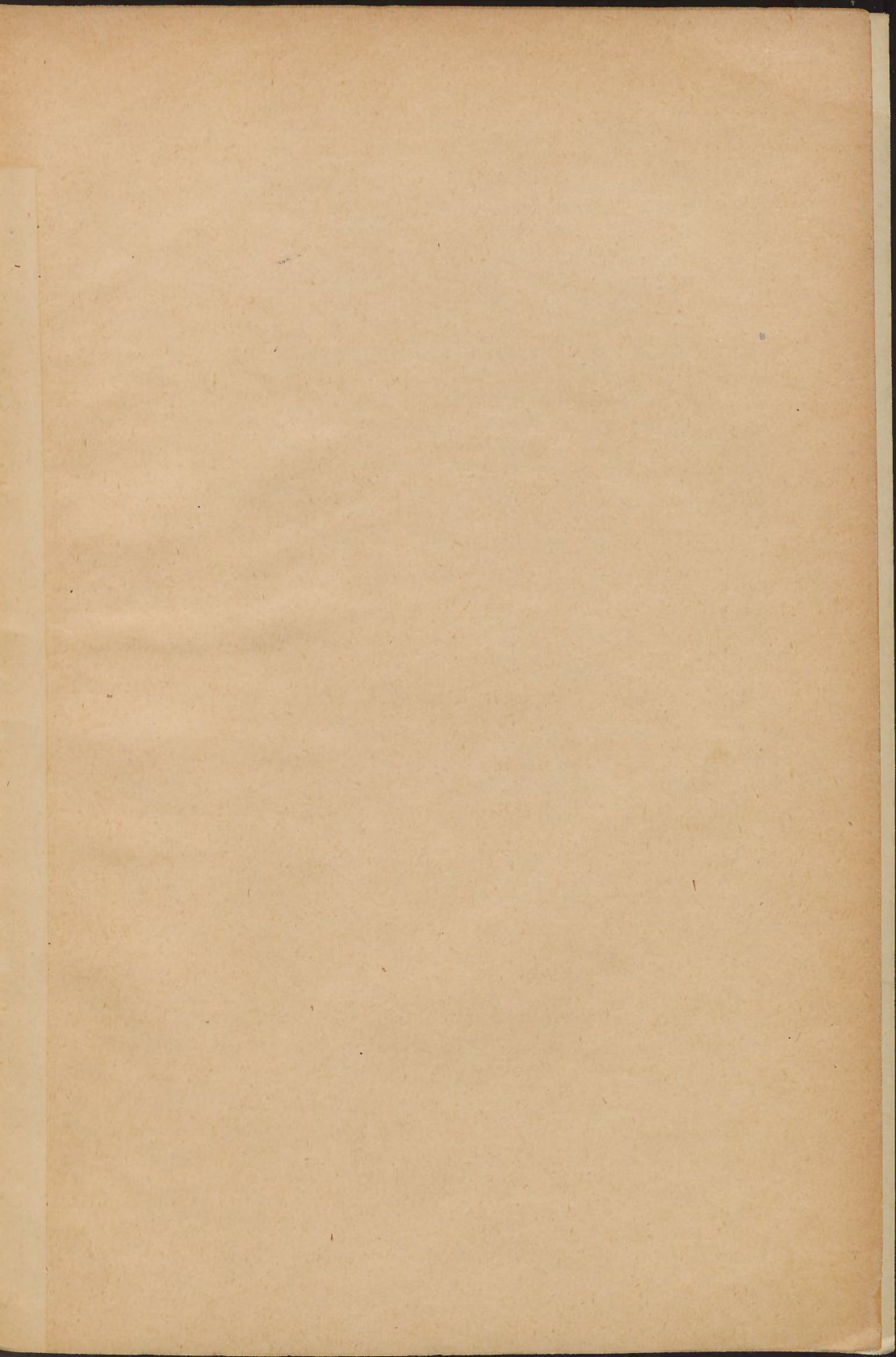


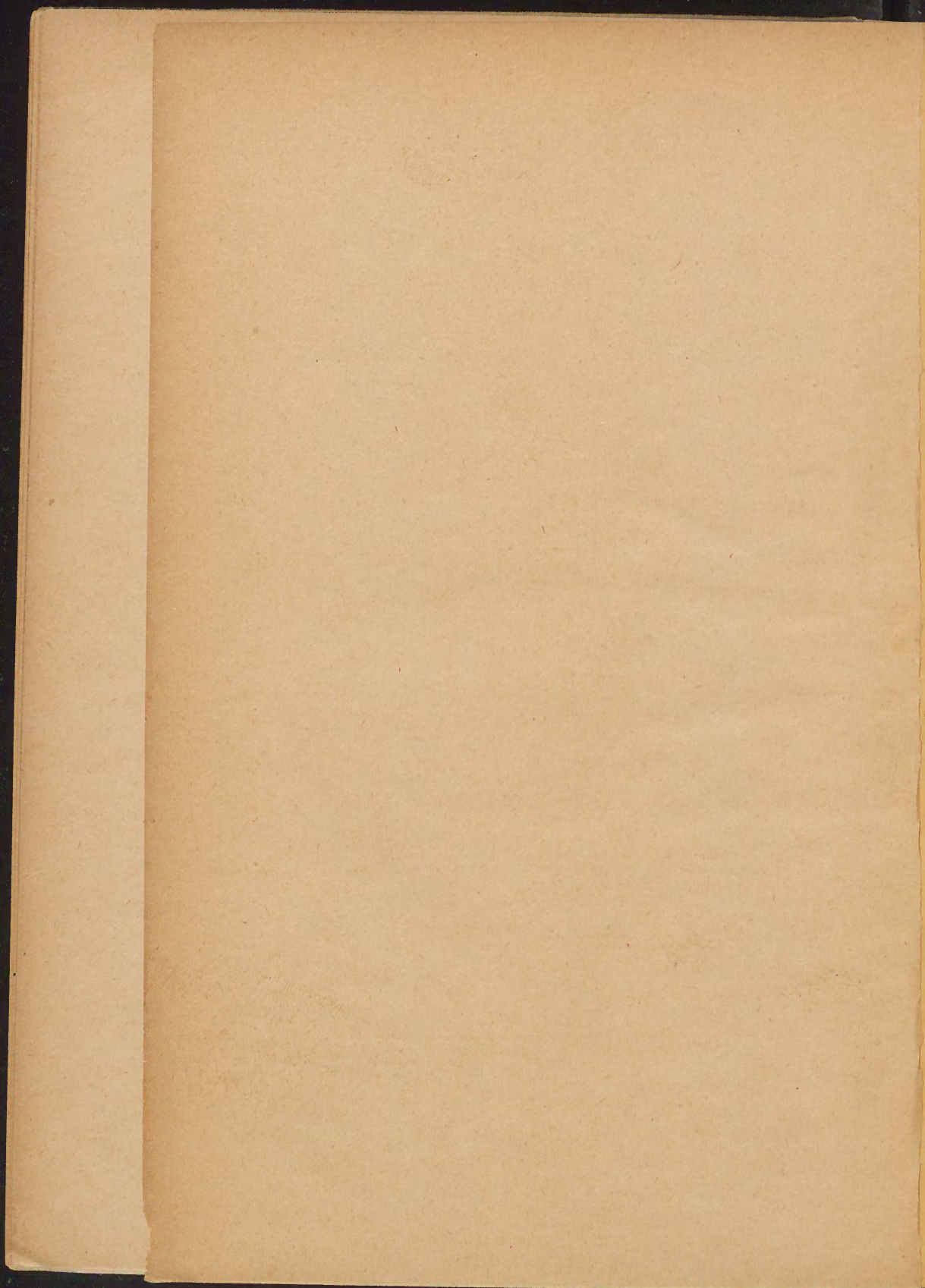
Inhalts-Verzeichnis:

Vorwort	Seite	3
Einleitung	"	5
Allgemeine Bestimmungen	"	6
Vorschriften über die Kontrollierung des Spiritus	"	10
Betriebsvorschriften.		
A. Im Allgemeinen	"	14
B. Vorschriften für die Benutzung der Brennereien und Geräte.		
a. Maischbrennereien mit einer Jahresproduktion von über 1000 Litern reinen Alkohols und andere, die einen kon- tinuierlichen Kolonnenapparat benutzen	"	16
b. Maischbrennereien mit einer Jahresproduktion bis zu 1000 Litern reinen Alkohols und ohne kontinuierlichen Kolonnenapparat	"	17
c. Vorschriften für den gleichzeitigen Betrieb der Brauerei und Brennerei	"	19
d. Brennereien zur Vereitung von Branntwein aus nicht- mehligen Stoffen exkl. Rüben, Melasse und Zuckersaft	"	19
Nechte und Pflichten der Steuerbeamten bei Ausübung des Dienstes	"	22
Niederlagen	"	26
Von den Strafen	"	29
Holla bgaben	"	35
Übergangsbestimmungen	"	35
Schlußbestimmungen	"	38
Begründungen	"	39



III 844





In demselben Verlage erschien:

Der Ruin des Mittelstandes.

Von einem Mann aus dem Volke.

In dieser Broschüre, die u. A. die hohe Anerkennung des Sächs. Staatsministers Dr. von Gerber gewonnen hat, wird die von der gesamten Tagespresse als die brennendste Frage der Gegenwart bezeichnete Lage des Mittelstandes auf das Allerschärfste in nationalem Geiste beleuchtet.

—→ Preis 60 Pfennige. ←—

Wie ist dem ehrlichen Schuldner zu helfen?

Von Dr. jur. utr. A. Gessl, Rechtsanwalt.

Diese Schrift berührt das ganze deutsche Erwerbsleben auf das Tiefste, indem der Herr Verfasser in juristisch-volksthümlicher Weise greifbare Vorschläge zur Besserung der rechtlichen Lage aller ehrlichen Schuldner aufstellt, die jedenfalls geeignet sind, die gesetzgebenden Kreise zur Aenderung des bestehenden Schuldrechts zu veranlassen.

—→ Preis 50 Pfennige. ←—

Das Maschinenrecht.

Ein Beitrag zur sozialen Frage.

Von

Franz Fraßl

Ingenieur in Wien.

Der Herr Verfasser, ein hervorragender Ingenieur, führt in dieser Schrift den bisher neuen Gedanken, ein Maschinenrecht einzuführen, in höchst anschaulicher Weise aus. Die Schrift tritt ein für Besteuerung der Maschinen nach ihren Leistungen.

Sowohl Staatsbehörden, als auch Techniker und Gewerbetreibende werden diesen ganz neuen Gedanken in eingehender Weise zu erörtern haben.

—→ Preis 60 Pfennige. ←—

Himmel und Hölle auf Erden.

Eine volksthümliche Lebensanschauung.

Von Bruno Köhler.

Der Verfasser wendet sich in überaus wohlwollendem und verständigem Sinn gegen die Sozialdemokratie, indem er auf das Greifbarste entwickelt, daß die Frage des sozialen Wohlbefindens nicht so sehr von einem Eingreifen des Staates, als von der persönlichen Lebensführung jedes Einzelnen abhängt. Die Lektüre der schlicht und einfach geschriebenen Broschüre übt auf jeden Leser eine sittlich beruhigende Wirkung aus, die gerade jetzt, in den politisch so überaus erregten Zeiten, nicht unterschätzt werden sollte.

✻ Preis 50 Pfennige. ✻

Vor kurzem erschien:

Offner Brief

an Se. Excellenz Herrn Staatsminister von Bötticher
von einem Mann aus dem Volke.

Preis 50 Pfennige.

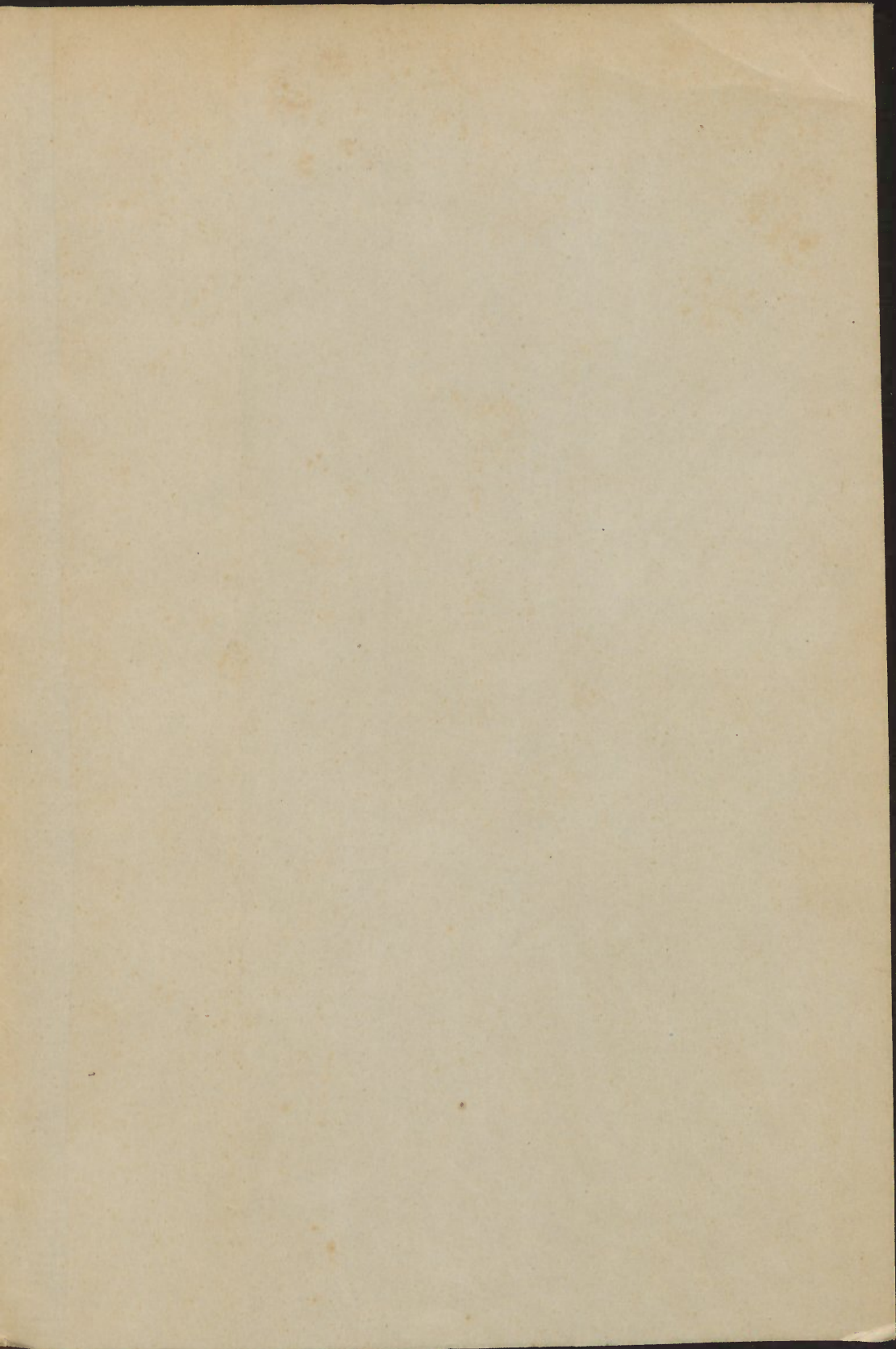
In dieser scharf, klar und sachlich geschriebenen Flugschrift werden dem Herrn Minister von Bötticher neue und höchst einleuchtende Vorschläge zur Hebung des Mittelstandes gemacht.

Die „Deutsche Volkswacht“ schreibt unterm 27. Oktober 1894:

„Das Ei des Columbus, so hätte der Verfasser eines äußerlich kleinen Schriftchens: ‚Offner Brief an Se. Excellenz Herrn Staatsminister von Bötticher‘ daselbe eigentlich benennen sollen. Denn der Gedanke, der in diesem Werkchen vertreten wird, der ist so klar, so einfach, so am Tage liegend, und doch konnte ihn nur dieser neue Columbus, ‚ein Mann aus dem Volke‘, wie er sich nennt, entdecken. Der Verfasser stellt zwei Forderungen auf und knüpft an sie das hauptsächlichste der Lösung der sozialen Frage: die Einführung einer Arbeits-Versicherung und einer Umsatzsteuer. Ganz richtig bemerkt er, daß der gute Gedanke der kaiserlichen Botschaft vom November 1881 zwar richtig gewesen, aber von den Herren ‚Geheimräten‘ schlecht ausgeführt worden und unabgeschlossen geblieben sei. Im Interesse der Sicherung des Thrones gelte es mehr, daß die gesunden und dabei revolutionären Arbeiter ‚versöhnt‘ würden, als die kranken, altersschwachen und invaliden. Denn was könnten die letzteren wesentlich Schädliches gegen Gesellschaft und Ordnung unternehmen? Drum fordert er eine durchgreifende Arbeits-Versicherung, in Verbindung damit staatliche Arbeits-Nachweisstellen, Beseitigung der liberal-jüdischen ‚Gewerbeschweimerei‘ und eine Umsatzsteuer. Von dieser letzteren erwartet er das Höchste, eine gänzliche Umwandlung der heutigen Ausverkaufswirtschaft zur Solidität. Nur wenn das Ubel an der Wurzel angefaßt wird, wenn der Umsatz an der Quelle derart besteuert wird, daß dem Produzenten an einer großen Massenfabrikation gar nichts mehr gelegen sein kann, sondern nur noch die Güte, Solidität und die Preiswürdigkeit seines Fabrikates nach alter guter deutscher Sitte in Betracht kommen kann, wird dem versinkenden gewerblichen Mittelstand geholfen werden können.“ Doch wir wollen dem Schriftchen nicht vorgreifen. Versäume keiner, es sich anzuschaffen, mit seinem Inhalte sich zu erfüllen und die in ihm entwickelten Gedanken in immer weitere Kreise zu tragen, damit zuletzt sie zu allgemeinen werden und die öffentliche Meinung gebieterisch sie auf den Thron setzt.“

Der bekannte Agrarier Direktor Dr. Kordgien schreibt dem Verfasser unterm 28. Oktober 1894:

„Ich habe die Schrift mit dem größten Interesse und mit Bewunderung gelesen. Noch nie sind die Hauptursachen der jetzigen wirtschaftlichen Not mit solcher Klarheit und Schärfe aufgedeckt worden. Wie es Ihnen zweifellos gelungen, die richtige Diagnose der wirtschaftlichen Krankheit zu finden, so sind auch die von Ihnen vorgeschlagenen Heilmittel die einzig richtigen. Die Schrift verdient die weiteste Verbreitung.“





206\$07964560